

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 1,50 M., im voraus zahlbar. Bestpreis 4,25 M. einschließlich 90 Blg. Postgebühren- und 72 Blg. Postversteigerungen. Auslandsabonnemente 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lachwit“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontokonto: Berlin 87596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wulfsr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Die einseitige Reparationsleihe 30 Pfennig, Restsumme 4.— Reichsmark, „Reine Anzeigen“ das eigentliche Wort 25 Pfennig (zwei bis vier getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellungsgebühr das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags, von 8 1/2 bis 12 Uhr.

## Der Wahlterror in Südtirol.

### Auch der Fürstbischof als Wahltreiber.

Innsbruck, 25. März.

Der Wahltag stand in Südtirol im Zeichen des Terrors. Die Behörden drängten rücksichtslos viele von ihnen Abhängige zur Wahl. Besondere Verstimmung hat hervorgerufen, daß der Fürstbischof Eudreici-Trident alle Dekane seiner Diözese aufgefordert hat, dafür zu sorgen, daß „sie und alle Untergebenen zu den Urnen gehen, damit die neue Kammer zur Ratifikation und Anwendung des Konkordats zwischen Kirche und Staat die volle Zustimmung der Katholiken habe“.

Die 38 000 Stimmen in der Provinz Bozen sind nicht nur von den Deutschen abgegeben, sondern auch die Italiener haben im Gegensatz zu früheren Wahlen geschlossen abgestimmt. 1921 gingen fast 99 Proz. der Wähler an die Urnen. Der deutsche Verband erhielt 36 574, die deutschen Sozialdemokraten 3993 Stimmen, die Italiener hatten gar keine Listen aufgestellt! 1924 erhielt der deutsche Verband 34 983 Stimmen, die Faschistenpartei brachte es trotz des Regierungsdrucks bloß auf rund 3000 Stimmen.

## Die britischen Gemeindewahlen.

### Weitere Erfolge der Arbeiterpartei.

London, 25. März. (Eigenbericht.)

Wie aus den weiteren Ergebnissen der Gemeindewahlen hervorgeht, hat die Arbeiterpartei besonders inYorkshire größere Gewinne erzielt und dort Duende neue Siege gewonnen.

### Arbeitslosendebatte.

London (Unterhaus), 25. März. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterpartei hat ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt, in dem das vielfache Versagen gegenüber dem Arbeitslosenproblem festgestellt und die Regierung be-

sonders verurteilt wird, weil sie es veräumt habe, die industrielle Tätigkeit durch produktive Arbeit größeren Stiles zu fördern, jede kommunale produktive Tätigkeit gehemmt und keinerlei Umschulung derjenigen Arbeitslosen vorgenommen hat, die mit Beschäftigung in den nächsten Jahren nicht rechnen könnten. Abg. Grenfell betonte, daß die Regierung das Problem der Arbeitslosigkeit seinem Wesen und seinem Ausmaße nach verkannt und sich mit ihren Versuchen, das Problem zu lösen, in völlig falscher Richtung bewegt hat. Der Redner stellte entgegen konventioneller Behauptungen fest, daß sich im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, im Schiffbau und im Maschinenbau die Zahl der Erwerbslosen seit dem Jahre 1924 erhöht hat.

## Die Pariser Beratungen.

### Komiteeberichte an die Vollkonferenz.

Paris, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz hörte abermals Kommissionsberichte. Das Revellstote-Komitee ist über die Bedingungen der Ausgabe der deutschen Reparationsbonds einig geworden. Diese Bonds kommen natürlich nur für die Mobilisierung des ungeschützten Teils der deutschen Jahresleistung in Frage. Sie sollen zum Teil der Konvertierung der inneren Anleihen der interessierten Länder, zum anderen Teil zur Ausbringung des Zwischengeldes an den internationalen Geldmärkten dienen. Das Perkins-Komitee ist über die künftige Organisation der Sachlieferungen nicht vollkommen einig, weshalb denn das Menu über die strittigen Punkte entscheiden soll: vor allem, ob die nach der Endregelung notwendigen Abänderungen am Wallenbergabkommen noch von der Sachverständigenkommission vorgenommen oder ob sie einer späteren direkten Regelung durch die technischen Sachleute überlassen werden sollen.

Die nächste Vollversammlung ist wahrscheinlich noch am Mittwoch, doch soll das dem Präsidenten Owen Young überlassen bleiben. Entgegen den Behauptungen der französischen Presse muß festgestellt werden, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht aus Berlin selbstverständlich neue Vorschläge nicht mitgebracht hat. Die Sachverständigenberatungen über die ziffernmäßige Festsetzung der künftigen deutschen Jahresleistungen sollen in den nächsten Tagen mit größerer Energie betrieben werden. Sie werden sich nur um die letzten deutschen Angebote drehen können.

## Heimwehrüberfälle auf Arbeiter.

### Schwere Zusammenstöße bei Graz.

Wien, 25. März. (Eigenbericht.)

Am Sonntag kam es in einem Grazer Vorort zu schweren Heimwehrkrawallen. Die Heimwehr hatte am Vormittag in dem Vorort Graßkorn eine Versammlung abgehalten. Nach der Versammlung zogen sie an dem Arbeiterfußballplatz vorüber und unternahmen einen Sturm auf die Arbeiterpostkette. Sie hieben mit Gummiknütteln und Stahlruten auf sie ein. Schließlich wurden sie von Gendarmen vertrieben. Am Nachmittag marschierten die Heimwehrleute, zu denen sich auch zahlreiche Mitglieder aus Graz und Umgebung gesellt hatten, wieder nach Graz zurück. In dem Vorort Andrih unternahm die Heimwehr einen Sturm auf das Gasthaus, in dem die Arbeitervereine ihren Sitz hatten, drangen bis in die Küche, zerstörten die ganze Einrichtung und schlugen auf die Arbeiter und Angestellten des Gasthauses ein. Sechs Personen wurden schwer verletzt, eine größere Anzahl leicht. Die Arbeiter wehrten sich selbstverständlich, wobei auch eine Anzahl

Heimwehrleute verletzt wurden. Wie die Heimwehrleute vorgegangen sind, geht daraus hervor, daß sie auch im Nebenhause, in dem sich ein bürgerlicher Verein befand, die ganze Einrichtung zerstörten.

## Die Versenkung der „Amalone“.

### Englands Interesse.

London, 25. März. (Reuter.)

In maßgebenden Kreisen Londons ist man der Ansicht, daß, falls sich die tatsächlichen Umstände bei der Versenkung des englischen Schoners „Amalone“ durch amerikanische Küstenwachen des Prohibitionsdienstes als den Berichten entsprechend herausstellen sollten, unbedingt ein Fall vorliege, der verlange, daß die englische Regierung die Untersuchung der Angelegenheit weiter verfolgt. Das bei der Versenkung des Schoners ums Leben gekommene Mitglied der Besatzung war, wie aus New York gemeldet wird, französischer Staatsangehöriger. Der englische und der französische Konsul in New York haben eine Unterredung gehabt, in der sie sich mit den über die Angelegenheit bekanntgewordenen Tatsachen befaßten.

### Bericht des Kapitäns.

Washington, 25. März. (Reuter.)

Die Beamten des Staatsdepartements sehen den Fall der Versenkung des britischen Schoners „Amalone“, der des Schmuggels mit Spirituosen verdächtig war, durch zwei amerikanische Küstenwachtschiffe des Prohibitionsdienstes als ernst an.

Der Kapitän der „Amalone“, ein Kanadier, erklärte: Als wir vierzehn Meilen von der amerikanischen Küste entfernt waren, forderte ein amerikanisches Küstenwachtschiff uns zur Uebergabe auf. Da wir ablehnten, eröffnete es das Feuer. Wir nahmen südlichen Kurs und wurden von dem Küstenwachtschiff zuerst mit Granaten beschossen und dann aus Maschinengewehren. Ein anderes amerikanisches Küstenwachtschiff stieß zu dem ersten. Die „Amalone“ erhielt abermals den Befehl zur Uebergabe, aber ich lehnte auch diesmal ab. Als wir uns ungefähr 225 Meilen vor New Orleans befanden, wurden etwa hundert Granaten auf die „Amalone“ abgeschossen, die darauf unterging. Die Besatzung wurde von den Küstenwachtschiffen aufgenommen und in Ketten nach New Orleans gebracht.

„Herald and Tribune“ hebt in der Ueberschrift hervor, daß der Kapitän der „Amalone“ die Versenkung als feige Handlung bezeichnet und den Angriff auf das Schiff mit dem U-Bootkrieg verglichen habe.

Der Schiffsname bedeutet „I am alone“, d. h. „ich bin allein“.

## Hugenbergs Brief.

### Die Krise der deutschnationalen Partei.

Natürlich wird die Deutschnationale Partei den Brief, den ihr Vorsitzender, Herr H u g e n b e r g, an einige Hundert amerikanische Abgeordnete, Senatoren und sonstige Prominente gerichtet hat, deden. Keine Rede Wilhelms II., mochte sie noch so aberwitzig sein, hat es gegeben, die von den „staatserkhaltenden“ Parteien nicht gedeutet worden ist. In den Ecken freilich gab es ein Zusammenstecken der Köpfe, ein Flüstern und Raunen. Wie lange noch?

Mit Hugenberg wird es nicht so lange dauern wie mit Wilhelm II.

Wie groß die Verlegenheit der Rechtspresse ist, zeigt sich darin, daß sie sich zumeist darauf beschränkt, folgenden Entschuldigungszeitel der Deutschnationalen Pressestelle abzudrucken:

Die „Berliner Montagspost“ fragt unter Zeichen ungewöhnlicher Erregung, ob Dr. Hugenberg einen Brief, der dem Blatt von amerikanischen Zeitungen zur Verfügung gestellt wurde und den sie im Wortlaut veröffentlicht, tatsächlich geschrieben habe. Der Brief ist echt. Dr. Hugenberg hat ihn vor ein paar Wochen an sämtliche Senatoren und Abgeordnete, an die Gouverneure und Bürgermeister, an alle führenden Zeitungen und an hervorragende Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens in Amerika geschickt.

Im Augenblick der für Deutschland lebenswichtigen Verhandlungen in Paris war es notwendig, den Amerikanern, die bei den Verhandlungen eine entscheidende Rolle spielen, ein Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland, die von der Linkspresse und zum Teil von amtlichen Stellen verschleiert werden, zu geben. Insbesondere war es notwendig, gegenüber den Älgen über die Deutschnationalen, mit denen das Ausland von der deutschen Linkspresse täglich gefüttert wird, den wahren Sachverhalt zu schildern. Dr. Hugenberg hat deshalb den Anregungen, die ihm in dieser Beziehung von amerikanischer Seite gemacht wurden, gern entsprochen.

Die Erregung der „Berliner Montagspost“ gipfelt in der Forderung, daß sich die amtlichen deutschen Stellen mit dem Brief befassen sollen, da er „die glatte Durchkreuzung der amtlichen deutschen Außenpolitik“ ist. Daß ein Unstimmblatt diese Forderung stellt, ist um so bemerkenswerter, als es gerade die Unstimmpresse ist, die bei den Pariser Verhandlungen die amtliche deutsche Außenpolitik durchkreuzt, indem sie den Franzosen in die Hände spielt.

Dieser Entschuldigungszeitel ist im ersten Absatz eine Bestätigung, im zweiten eine Ausrede, im dritten eine Retourkutsche. Uns interessiert höchstens die Ausrede, und die ist lahm. Weder die Linkspresse noch amtliche Stellen haben nach Amerika Briefe geschrieben, um die Deutschnationalen zu denunzieren. Hugenbergs Vorgehen ist zum mindesten und zunächst eine Geschmacklosigkeit, die ohne Vorbild ist. Zum zweiten aber ist es auch eine Ungeheuerlichkeit. Hugenberg schreibt gleichsam hinter dem Rücken der deutschen Öffentlichkeit vertrauliche Briefe nach Amerika. Er überläßt seinen politischen Gegnern die Enthüllung seines Treibens. Befehle der Vorsitzende der zweitgrößten Partei Deutschlands ein wenig politischen Verstand, so wäre er der Enthüllung durch eine Veröffentlichung in der eigenen Presse zuvorgekommen.

Hauptache ist indes nicht, daß Hugenberg schreibt, sondern was er schreibt. Er schreibt den Amerikanern, daß sie Deutschland kein Geld borgen sollen, weil es zahlungsunfähig ist. Die Anleihen sind gefährdet, die deutsche Währung ist gefährdet, das Chaos droht, der Bolschewismus ist auf dem Marsche. All das soll in der Absicht geschrieben sein, die Pariser Reparationsverhandlungen günstig zu beeinflussen. Gerade, wenn man diese Absicht als vorhanden annimmt, muß man entsetzt sein über die Naivität, mit der ein sozusagen „führender“ deutscher Politiker die Wirkung seines eigenen Handelns verkennet. Die Pariser Sachverständigen werden sich auf ihr eigenes Urteil verlassen. Würden aber weniger Urteilsfähige im Ausland Herrn Hugenberg glauben, so wäre eine katastrophale Schädigung der deutschen Wirtschaft die Folge.

Glücklicherweise ist der Brief Hugenbergs so gehalten, daß er in Amerika wenig Gläubige finden wird. Die parteipolitische Absicht ist allzu dick aufgetragen, die versuchte Anbiederung zu würdelos. Der deutschnationale Führer hat den Geschmack, in einem Brief an Ausländer einen Teil des deutschen Volkes als den „inneren Feind“ zu bezeichnen, diesen Ausländern selber aber — ohne Unterschied der Partei — zu erklären: „Unsere Sache ist euer Sache!“ Dieser nationale Mann ist also bereit, gemeinsam mit dem Volk, das uns im Kriege besieg hat, gegen die eigene Regierung zu gehen. Das wird drüben viel Erläutern hervorrufen, aber wenig Gegenliebe finden.

Die Deutschnationale Partei kann die Verantwortung für das phantastische Treiben dieses Mannes nicht ablehnen. Sie hat ihm nicht nur ein Mandat zum Deutschen Reichstag gegeben, von dem er übrigens so gut wie keinen Gebrauch macht, sondern ihn auch zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Die Schädigung Deutschlands im Auslande, die er bewußt oder



unbewußt — unbewußt wäre fast noch schlimmer als be-  
wußt! — befreit, fällt ihr zur Last.

Doch das wird sie wahrscheinlich weniger beunruhigen,  
als die unausbleibliche Erkenntnis, daß Hugenberg fest an der  
Arbeit ist, die eigene Partei kaputtzureden und kaputt-  
zuschreiben.

Diese Erkenntnis ist in einigen Teilen der Partei schon  
vorhanden, und sie wächst. Zeugnis dafür ist der Eifer, mit  
dem selbst die „Kreuz-Zeitung“ von den verrückten Diktatur-  
plänen des „Führers“ abgerückt ist, Zeugnis dafür ist der  
Protest der evangelischen, d. h. deutschnationalen Gewerkschafts-  
sekretäre gegen seinen hemmungslosen sozialreak-  
tionären Utopismus. Wenn jetzt, angesichts seines  
neuesten Streichs, der „Deutsche“, das Organ der christlichen  
Gewerkschaften, in den Ruf ausbricht: „Herr Hugen-  
berg spekuliert auf amerikanische Hilfe für  
seine sozialreaktionären Reformpläne“, so  
spricht er aus, was alle deutschen Arbeitnehmer bei der  
Lektüre dieses Briefes empfinden müssen. Und ohne Arbeit-  
nehmer als Wähler kann keine deutsche Partei existieren.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des Land-  
bundes kann so wenig ihren Mut verbergen, daß sie, nach  
einer Geste der Abwehr gegen links, den Satz abschließt:

Die Kritik, die von ernsthafter Seite an dem  
Schreiben des Geheimrats Hugenberg zu erwarten steht, dürfte  
deshalb auch nicht auf dem Gebiet des äußeren, sondern der inneren,  
insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will die Regierungsfähig-  
keit der Deutschnationalen, das heißt ihre Bündnisfähigkeit,  
weil sie nur auf dem Wege einer Rechtskoalition ihre agrari-  
schen Pläne verwirklichen kann. Hugenberg aber führt die  
Deutschnationalen ab von der Regierungsfähigkeit, von der  
Bündnisfähigkeit, auf den Weg einer kläglichen Mächtigen-  
Partei.

Herr Hugenberg, das ist hier schon öfter gesagt worden,  
ist der Führer, den wir den Deutschnationalen gönnen und  
wünschen. Aber die Deutschnationalen Partei wird diesen  
Reisler im Danebengreifen nicht so lange ertragen, wie  
Deutschland Wilhelm II. ertragen hat.

## Verächtlich!

### Dreifelds Antwort an Hugenberg.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion, Gen. Dr. Dreifeld, ist von der amerikani-  
schen „United Press“ nach seiner Meinung über den Brief  
Hugenbergs gefragt worden. Seine Antwort lautet:

Wenn Herr Hugenberg in seinem Schreiben an amerikanische  
Zeitschriften den Wunsch nach einer verständigen und gerechten  
Lösung des Reparationsproblems ausdrückt, einer Lösung, die  
sowohl die Vorleistungen wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit  
Deutschlands berücksichtigt, so gibt er damit nicht seiner und seiner  
deutschnationalen Freunde Hoffnung Ausdruck, sondern der Hoff-  
nung aller Parteien ohne jeden Unterschied.  
Seiner sagt er nicht, wie nach seiner Meinung die gerechte Lösung  
aussehen soll, und deshalb bringen seine Darlegungen in diesem  
Punkte weder etwas Neues noch etwas Positives. Indessen konn-  
te der Inhalt seines Briefes keinen Zweifel daran lassen, daß es dem  
Führer der Deutschnationalen Partei keineswegs in erster Linie um  
das Reparationsproblem zu tun ist. Es liegt ihm vielmehr daran,  
die Unterjüngung der amerikanischen Nation für die Politik  
seiner reaktionär-monarchistischen Partei gegen  
die Sozialdemokratie und den Sozialismus zu erhalten. Zu diesem  
Zwecke mag er es, von dem inneren Feind zu reden, wider  
heiligeres Wissen den Sozialismus als den ersten Schritt zum  
Bolschewismus zu bezeichnen und den Amerikanern auseinander-  
zusetzen, daß sie durch ihre Anleihen dem deutschen Marxismus die  
Mittel für sozialistische Experimente liefern. Ich bin überzeugt,  
daß diese Methode, die Lebensfrage einer Nation zu bemißen, um  
ein anderes Volk vor den Wagen parteiegoistischer  
Interessen zu spannen, in den Vereinigten Staaten ebenso als  
verächtlich empfunden wird wie in Deutschland.

Daß der Brief auch im Reichstag sein Nachspiel  
haben wird, läßt sich voraussehen. Hugenberg ist freilich bis-  
her jeder Gelegenheit, sich seinen Gegnern zu stellen, sorg-  
fältig aus dem Wege gegangen. Denn dieser fünfjährige Diktator  
Deutschlands liebt das Halbdunkel und den breiten Rücken  
anderer.

## Spiel mit dem Putsch.

### Hugenberg, Hiller, Ehrhardt, Kossbach und Co.

München, 25. März. (Eigenbericht.)

In den Kreis der Agitatoren für die Diktatur ist  
nunmehr auch der Führer der Deutschnationalen in Bayern, der  
Mittelschulprofessor und Landtagsabgeordnete Hilpert, einge-  
treten. Auf einer Parteiverammlung in Kempten im März sprach  
er über den angeblichen Bantrott des parlamentarischen Systems  
und forderte die nach seiner Meinung unausbleibliche Diktatur des  
nationalen völkischen Selbstbehauptungswillens.

In der gleichen Tonart arbeitet seit einiger Zeit auch die  
Hugenberg-Presse in Bayern. Dazu kommt, daß jetzt be-  
sonders auf dem Lande die Agitatoren Hiller eine fieberhafte  
Tätigkeit entfalten und unverbüßelt davon sprechen, daß „es bald  
tracht“. Wiederholt ist es zu Verbrüderungsszenen  
zwischen den Deutschnationalen und den National-  
sozialisten gekommen, so daß man unwillkürlich an den Sommer  
und den Herbst des Jahres 1923 erinnert wird. Dabei taucht auch  
der Name des Kapp-Putschisten Ehrhardt auf.

Der völkische Studentenführer Wagner in Würzburg erklärte  
vor wenigen Tagen, daß für die völkischen Studenten als Führer  
nach wie vor nur der Kapitänleutnant Ehrhardt in Frage komme,  
dessen ganzes Verhalten gezeigt habe, daß er wie kein anderer den  
Kern des deutschen Problems erkannt habe. Wenn auch Ehrhardt  
sich zurzeit völlig passiv verhalte, so würde darum doch fieber-  
haft in der Stille gearbeitet, und besonders Oberleutnant  
Kossbach sei mit allen erdenklichen Mitteln tätig, um die  
Jugend in Bayern zu organisieren! Ueber den Umweg  
der Ehrhardt-Spiele sei es gelungen, allein in Bayern über  
30 Jugendgruppen zu bilden, die in Nordbayern den Namen Schil-  
lengruppen führen. Diese Jugendorganisation sei eine besondere Leistung  
von Heines, und es sei daher Ehrenpflicht aller völkischen Ver-  
bände, mit allen Mitteln für dessen Freilassung einzutreten,  
dem die Führerrolle in der Jugendorganisation zustehe.

# Landbünderevolte in Oldenburg.

## Die Kleinbauern sagen sich los.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Auch das kleine Land Oldenburg hat seine Sensationen. Im  
Münsterlande, wo seit Menschengedenken Schwarz Trumpf ist,  
rebellieren die Bauern. Schon lange gürte es. Die kleinen Land-  
zeitungen schrieben nach holsteinischem und anderem Muster von der  
übergroßen Not der Landwirtschaft und erörterten dabei  
einen gegen Regierung und Städte gerichteten Käufer- und  
Steuerstreik. Darüber hinaus sprach und schrieb man auch  
von einem eventuellen Bruchliegenlassen der Ländereien.

Nun haben gerade die oldenburgischen Landwirte am weni-  
gsten Grund, sich über wenig bauerndfreundliche Maßnahmen der  
Staatsregierung zu beklagen. Seit Jahren haben hier Rechts-  
parteien und Zentrum im Landtage die ausschlaggebende  
Mehrheit, was bedeutet, daß auch die Haltung der Regierung  
in allen das Land entscheidend berührenden Fragen ganz in ihrem  
Sinne ist. Zu einem noch weitergehenden besonderen Entgegen-  
kommen lag daher kein Anlaß vor. Kurz und gut, als in einem  
kleinen Orte Südoberburgs einer der Führer der „Landvolk“-Be-  
wegung seine rückständigen Steuern nicht gutwillig zahlen  
wollte, da ließ das zuständige Finanzamt bei diesem rabioten Groß-  
bauern einfach einen Eber pflanzen und das Tier in Ge-  
wahrnehmung nehmen. Diese Maßnahme des Finanzamts war das  
Signal zu einem allgemeinen Aufbruch. Einige Führer der Be-  
wegung läuteten die Sturmglöckchen der Kirche und bald war  
ein Aufgebot von einigen Dutzend Mann beisammen, das unter  
Anwendung von Gewalt den gepfändeten Eber zurückholte.  
Nun konnte die Behörde nicht mehr länger zusehen; sie ließ drei der  
Rädelsführer des unerhörten Vorganges in Haft nehmen und  
der Sicherheit wegen in das Gefängnis nach Oldenburg überführen.

Aber auch die rebellischen „Landvolk“-Leute sahen der nun  
ernster werdenden Angelegenheit nicht müßig zu. Sie riefen zu  
einer großen Demonstrationsversammlung zusammen  
und so versammelten sich bald 800 bis 1000 Groß- und Kleinbauern.  
Scharfe Worte wurden gegen die Finanzämter, die Behörden und  
auch gegen die Landesregierung geführt. Man zog vor  
die Wohnung des zuständigen Amtshauptmanns (Landrat) und  
forderte diesen zu einer Stellungnahme auf. Der erklärte, daß er zu  
der Verhaftung der Führer nichts tun könnte, er wolle jedoch bei der

Staatsregierung die Freilassung bewirken bzw. befürworten, um  
größeres Unheil durch die Bevölkerung zu verhüten. Darauf zog  
man vor das Gefängnis in Cloppenburg, in das die  
„Landvolk“-Führer zuerst gebracht worden waren und demonstrierte  
dort.

Um die Münsterländer Bauern nicht noch rasender zu machen  
und auch weil angeblich Verbündelungsgefahr nicht mehr vorliege,  
sind die drei Inhaftierten inzwischen freigelassen worden; das ein-  
geleitete Strafverfahren nimmt jedoch seinen Gang.

Und die Regierung? Sie hat den Landtag zu einer besonderen  
Sitzung zusammenberufen und die ganze Angelegenheit zur  
Debatte gestellt. Dabei hat der Ministerpräsident v. Finck eine  
verhältnismäßig deutliche Erklärung dahin abgegeben, daß einmal  
das Gehabe und Getue der Landbund- und „Landvolk“-Leute von  
groben Übertreibungen begleitet und daß zum anderen die Maß-  
nahmen der Behörden nach den eingezogenen Informationen durch-  
aus einwandfrei seien. Er erklärte ferner, daß die Regierung gegen  
ferner, auf eine Milderung der Staatsautorität verlaufende  
Unternehmungen der Landbündler in entschiedener  
Weise einschreiten und daß sie die öffentliche Ord-  
nung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln  
schützen würde. — Diese Erklärung des leitenden Ministers fand  
im Landtage eine Mehrheit; die sozialdemokratische Frak-  
tion gab eine Erklärung ab, die besagt, daß es längst Pflicht der  
Regierung gewesen wäre, gegen die Machinationen der Landbündler,  
die in ihren Versammlungen fortgesetzt zu gleich widrigen  
Handlungen aufforderten, vorzugehen. Bei Vorkomm-  
nissen innerhalb der Arbeiterbewegung seien die Organe der Regierung  
in der Regel schneller zur Hand. Auch sänden die Räte und Klagen  
der Arbeiterbevölkerung bei der Staatsregierung und der  
Landtagsmehrheit selten ein so williges Ohr wie die der Land-  
bündler. Man werde sich die Dinge für die Zukunft merken.

Damit sind parlamentarisch die oldenburgischen Landbündler  
vorfällig „bereinigt“; auf das gerichtliche Nachspiel darf  
man gespannt sein. Interessant und bezeichnend ist übrigens, daß  
jetzt die Kleinbauernschaft im südtlichen Oldenburg eine Ent-  
scheidung angenommen hat, in der sie das Treiben der Großland-  
wirte entschieden verurteilt.

# Die Schande von Zürich.

## Was für Leute das „Volksrecht“ angegriffen haben.

Genf, 25. März. (Eigenbericht.)

Der Schurkenstreich der Züricher Kommunisten gegen das sozia-  
listische „Volksrecht“ erregt in der sozialdemokratischen Partei und  
Presse der gesamten Schweiz die größte Entrüstung. Der Züricher  
Parteiortstand trat nach in der Nacht zum Montag zusammen und  
verurteilte in einer scharfen Resolution die Tat der Kommunisten.  
Die Resolution weist mit Recht darauf hin, daß die Sozialisten  
bis zuletzt dagegen gekämpft haben, daß die kommunistische Demon-  
stration verboten und Militär nach Basel geschickt wurde. Die Reso-  
lution fährt fort, die Kommunisten haben mit ihrem Auftreten gezeigt,  
daß sie, wie in allen Ländern, der Reaktion in die Hand  
arbeiten und absichtlich die Behörden provozieren.  
Die Arbeiter werden aufgefordert, sich der provokatorischen Politik  
der Kommunisten, die die Sache des Proletariats in Mißkredit  
zu bringen droht, zu widersetzen.

Die kommunistische Demonstration in Zürich hatte nur wenige  
hundert Teilnehmer. Unter den 33 Verhafteten ist ein 42jähriger  
Kommunist, der in wilden Worten zum Widerstand gegen die Polizei  
aufforderte. In ihm wurde ein Mann wiedererkannt, der wegen  
Betrügereien und Sittlichkeitsverbrechen verur-  
teilt ist. Die beiden intellektuellen Führer der Züricher Kom-  
munisten hatten sich selbstverständlich beim Einschreiten der Polizei  
verdrückt. Sie sind am Montag vormittag verhaftet worden.

Dem Magistrat von Zürich, der in seiner Mehrheit sozial-  
demokratisch ist, wurden gegen die Demonstrationstruppen  
zur Verfügung gestellt, die er jedoch ablehnte. In Basel hatten  
sich die Kommunisten vor den Truppen vollständig verdrückt. Schon  
am 41. März nachts konnte der größte Teil der Truppen abziehen.

## Kommunistentrach in Paris-Nord.

### Schloßt mit der Polizei.

Paris, 25. März. (Eigenbericht.)

Im Bezirk Clignac erwischten die Polizeibeamten in einer Bewe-  
trouensmännerführung der Kommunisten beim Eingang einen seit  
langem geflüchten ausländischen Kommunisten und wollten ihn  
verhaften. Etwa 50 Versammlungsteilnehmer eilten mit Stöcken und  
Stühlen herbei und hielten über die Polizisten her, die von der  
Überzahl schnell übermächtig wurden. Mehrere Polizisten  
wurden dabei verletzt; einer von ihnen so schwer, daß an seinem  
Aufkommen gezweifelt wird. Rasch trafen zahlreiche  
Polizeiverstärkungen ein; die ganze Versammlung wurde abgesperrt  
und verhaftet. Etwa 120 Personen wurden ins Gefängnis ein-  
geliefert und Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

## Ein Liederbuch und zwei Zensuren.

### Schöffengericht und SPD.

In dem Einziehungsverfahren gegen den Verlag des kommuni-  
stischen Liederbuches für die rote Jugend „Mit Gefang wird ge-  
kämpft“, hat gestern das Große Schöffengericht Berlin-Mitte, unter  
Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Maxcard entschieden, daß ent-  
gegen dem weitergehenden Antrage der Staatsanwaltschaft nur der  
Schlußvers eines Liedes „Die Schieberrepublik“ einzuzie-  
hen und daß die sich darauf beziehenden Platten und Formen zu  
vernichten sind.

Wie immer man über das Urteil denken mag, so ist doch fest-  
zustellen, daß die Zensur der SPD gegen dieses Liederbuch viel  
grausamer gemißet hat, als die des Großen Schöffengerichts. So  
enthält die Arbeitermarxzeitschrift bekanntlich eine Strophe,  
die mit den Versen beginnt:

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,  
In dem wir liegen. Nun wohnt!  
Nicht predigen wir Haß der Reichen,  
Nur gleiches Recht für jedermann.

Diese Strophe fehlt in dem Liederbuch; die kommunistische  
Zensur hat sie gestrichelt!

Eines der schönsten Revolutionsgedichte Georg Herweghs be-  
ginnt mit den Worten:

Wer seine Hände falten kann,  
Bei' um ein gutes Schwert,  
Um einen Helden, einen Mann,  
Den Gottes Zorn bewehr!

Die kommunistische Zensur hat zwar ihren Sängern das Beien  
erlaubt, sie hat jedoch Gott verboten, zornig zu sein. Also liest man  
in dem Liederbuch:

Wer seine Hände falten kann,  
Bei' um ein gutes Schwert,  
Um einen Helden, einen Mann,  
Den das Weltall bewehrt!

Immerhin ein Glück, daß das Große Schöffengericht nicht auch  
noch angefangen hat — „umzudichten“!

## Zur Strafrechtsreform.

### Das Reichskabinett verabschiedet das Einführungsgezet.

Das Reichskabinett verabschiedete am Montag den Entwurf  
eines Einführungsgezetes zum Allgemeinen Deut-  
schen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgezet.  
Der Entwurf wird beschleunigt dem Reichsrat zugeleitet werden, da  
der Reichstag darauf Wert legt, noch vor der endgültigen Ver-  
abschiedung des neuen Strafgesetzbuches und des Strafvollzugs-  
gezetes das Einführungsgezet zu beraten. Der Entwurf wird,  
sobald er dem Reichsrat vorgelegt ist, veröffentlicht werden, um der  
Rechtswissenschaft und Öffentlichkeit Gelegenheit zur rechtzeitigen  
Begutachtung zu geben.

## Deutschnationale Parteieinheit.

### Erfolg Hugenberg'scher Parteiführung.

Hamburg, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Krise bei den Hamburger Deutschnationa-  
len, die mit dem Ausschluß des in rechtsstehenden Kreisen sehr  
geschätzten deutschnationalen Senatspräsidenten v. Dassel und  
einiger Kreisvereine ihren sichtbaren Ausdruck fand, dauert unver-  
ändert an. Obwohl vor einigen Tagen der bisherige Vorsitzende des  
Landesverbandes und Vertreter der Hugenbergrichtung Bienu  
wiedergewählt worden ist, zeigt sich jetzt, daß trotz der „Reinigung“,  
die auf Befehl Hugenbergs im hamburgischen Landesverband durch-  
geführt worden ist, die Gegensätze nicht beseitigt sind. Die deut-  
snationale Bürgerfraktion, der der zweite Landes-  
verbandsvorsitzende und einige weitere Vorstandsmitglieder an-  
gehören, hatte sich jetzt mit der Frage zu befassen, ob Herr v. Dassel,  
der seit Jahren der Bürgerfraktion angehört, nach dem Aus-  
schluß aus der Partei auch kein Mandat niederlegen habe. Die  
Fraktion hat entschieden, daß eine Mandatsniederlegung  
nicht erforderlich sei. Sie hat sich damit gleichsam mit Herrn  
v. Dassel solidarisch erklärt. Ein reizender Zustand. Der Landes-  
verband schließt Herrn v. Dassel aus der Partei aus, die Bürger-  
schaftsfraktion aber stellt sich demonstrativ hinter ihn. Auch ein Er-  
folg Hugenberg'scher Parteiführung!



# Zaleski gegen Stressemann.

Kein Einlenken in der Minderheitenfrage.

Auf einem Festessen in Warschau hielt Außenminister Zaleski eine Rede, in der er den deutsch-konradischen Vorstoß in Genf zugunsten der Minderheiten scharf kritisierte. Die Ankündigung dieser Aktion hätte die Bildung einer gemeinsamen Front der Länder mit Minderheiten, also Polens, Rumaniens, der Tschechoslowakei, Südslawiens und Griechenlands, zur Folge gehabt. Diese Länder hätten sich „allen Versuchen der Ausnutzung der Frage des internationalen Minderheitenschutzes zu egoistischen und Nebenzwecken widersetzt“. Er ironisierte dann die deutschen Beweggründe und fragte, „weshalb die Staaten, die auf die Rolle des Beschützers und Anwalt der Minderheiten Anspruch erheben, den anderen nicht selbst mit gutem Beispiele vorangehen“. (Gerade das ist von preußischer Seite gegenüber den Polen in Deutschland in hervorragendem Maße geschehen.)

Sodann versicherte er, daß „niemand daran denke, die Minderheiten in ethnischer Beziehung zu assimilieren und zur nationalen Verschmelzung mit den Mehrheiten oder zum Verzicht auf sprachliche, kulturelle oder religiöse Eigenart zu bringen“. Er begrüßte die jüngste Loyalitätsrede des deutschen Sejmabgeordneten Bill, auf deren Basis es nicht schwer sein würde, eine Verständigung zu erzielen.

Schließlich erklärte er, daß angesichts des Widerstandes der Signatarstaaten von Minderheitenverträgen man von keiner erheblichen Änderung des bestehenden Verfahrens reden könne, solange nicht alle Völkerbundmitglieder die gleichen Verpflichtungen übernehmen. Wenn wirklich das Schicksal der Minderheiten am Herzen liege, der sollte zunächst den Minderheiten die Verständigung und Mitarbeit mit den Mitbürgern der Mehrheit empfehlen, selbstverständlich nur auf dem Boden unbedingter Loyalität dem Staate gegenüber. (Etwas anderes hat die Reichspolitik niemals den deutschen Minderheiten im Auslande empfohlen.)

# Das Schwurgericht in Deutschösterreich.

Sozialdemokratie gegen Emmingerer.

Der Nationalrat in Wien beriet die Regierungsvorlagen über die Errichtung der Schwurgerichte durch Große Schöffengerichte und über die Bildung der Schöffenslisten. Justizminister Dr. Stama verwies auf die Fehlurteile der letzten Zeit, die zu einem allgemeinen Wunsch nach Reform der Schwurgerichtsbarkeit geführt haben; der Regierung liege es fern, den Einfluß des Parlamentes in der Rechtsprechung einzuschränken zu wollen. Auch sei durch die Heranziehung der Arbeiterkammern zur Bildung der Schöffenslisten die Gewähr geboten, daß die Arbeiterschaft entsprechende Berücksichtigung findet. Daß die Regierung sich anstatt zu einer Abänderung einzelner Bestimmungen zur Einführung der Schöffengerichte entschlossen habe, habe keinen Grund darin, daß sie das Kernübel darin erblicke, daß Urteilsfindung und Strafvermessung getrennt sei. — Abg. Dr. Eisler (Soz.) sprach mit großer Schärfe gegen die Regierungsvorlage, die er als reaktionären Vorstoß bezeichnete; er erklärte, seine Partei müsse eine unbedingte ablehnende Stellung einnehmen, weil sie der Ansicht sei, daß es der Regierung Seipel nur darum zu tun sei, durch Übertragung der politischen und Rechtspflichten an andere, Verzicht auf ihre historischen Schranken herbeizuführen zu unterwerfen. — Abg. Dr. Wataja (Christl. Soz.) legte die Unterstützung seiner Partei zu, gab jedoch seinem Zweifel darüber Ausdruck, daß eine Änderung namentlich in der politischen Prozessführung eintreten werde, solange die Bildung der Schöffenslisten nicht politischen Einflüssen entzogen sei.

Die „politischen Einflüsse“ sind so zu verstehen, daß vor allem die Gemeinde Wien die Schworen für die inneren Stadtbezirke auswählt; in diesen Bezirken hat die Presse ihren Sitz und Prozesse gegen die sozialistischen Zeitungen sind vor diesen Schworen eine ziemlich ausschließliche Sache; daselbst gilt für die Städte St. Pölten und Wiener Neustadt, Linz, Steyr und Graz.

# Primo kündigt Rücktritt an.

Nachfolger wird gesucht.

Madrid, 25. März.

Ministerpräsident Primo de Rivera führt in einer halbamtlichen Mitteilung aus, er fühle sich weder kräftig noch jung genug, um von dem Ende und von dem König die Erneuerung ihres Vertrauens für eine neue fünfjährige Amtsperiode zu erbitten. Deswegen habe er es für gut, die Vorbereitungen zur Niederlegung der Macht zu beschleunigen, da eine Nachfolge ab intestato (ohne Erbschaftsregelung), besonders durch ein überraschendes Ereignis, das die große Masse der Bürger in Verwirrung bringen würde, das Schlimmste für das Land wäre, das man sich denken könne.

# Direktorium in China.

Aufstand in Nordwesten.

Schanghai, 25. März.

Die versammelte Kuomintang hat ein Direktorium aus drei Personen ernannt, das die chinesische Republik verwalten soll. Dem Direktorium gehören Tchang Kai-schek, General Sunhamin und Exster Minister Tang an. Am Sonntag wurde das Direktorium vor der Kuomintangversammlung vereidigt und hat sein Amt übernommen.

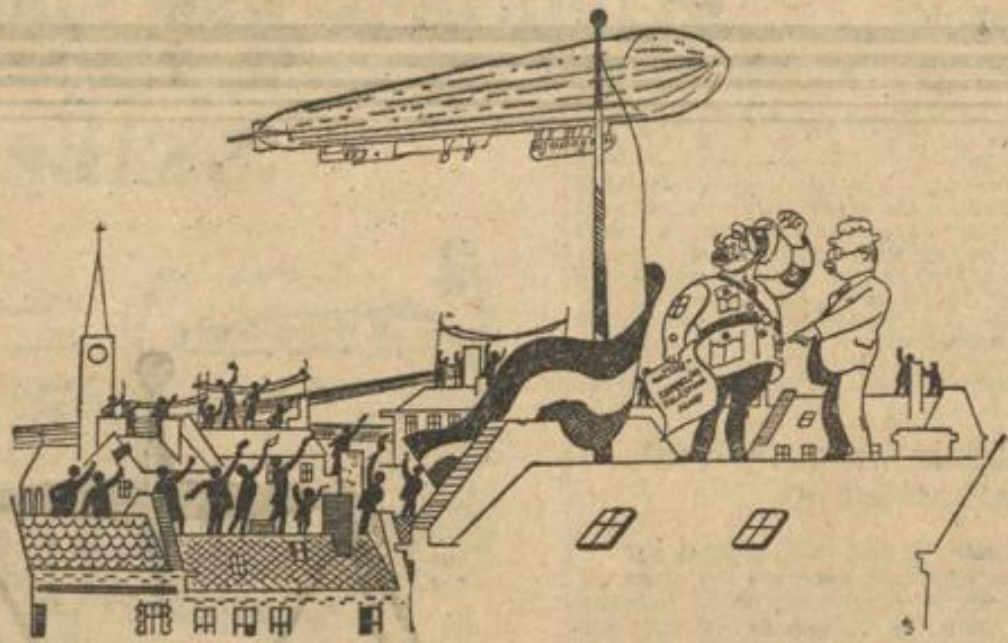
In Nordwestchina ist ein Aufstand gegen die Nanjingregierung ausgebrochen. General Tschu, Oberbefehlshaber in Kalgan, ist zu den Aufständischen übergegangen. Der Aufstand ist von den Anhängern Tchanglungshangs angezettelt worden. Die Nanjingregierung hat sich noch nicht zur Entsendung von Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes entschlossen, da besonders zuverlässige Truppen ausgehört werden müssen.

# Aufstand gegen Habibullah.

Er läßt in Kabul strafweise plündern.

Wie aus Kabul gemeldet wird, haben sich die afghanischen Stämme der Gegend Kohat-Khujistan gegen Habibullah erhoben, und man rechnet mit neuen kriegerischen Maßnahmen Amanullahs und Radir-Khans gegen Kabul. Auf die Aufforderung Habibullahs, Radir-Khan möge nach Kabul kommen, antwortete dieser, der Usurpator solle sofort die Hauptstadt unter Zurücklassung der Waffen verlassen. Dafür ließ Habibullah Radir-Khans Haus in Kabul plündern.

# Der gekränkte Nationalist.



„Sie holen die Flagge ein, Herr Nachbar, Sie sind doch sonst so national?“  
„Ich kann es nicht verknäuen, daß der Edener ausgerechnet nach Palästina fährt!“

# Ein gelber Scheinprozeß.

Kleine Anfrage an den Reichsarbeitsminister.

Die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes über die Tariffähigkeit der wirtschaftsfriedlichen Wertgemeinschaften haben in den letzten Monaten den berechtigten Widerspruch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten herausfordern müssen. Es wird noch ausführlich darüber gesprochen werden müssen, ob die sachungsmäßigen Voraussetzungen, die das RAAG als Voraussetzung einer „wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer“ aufgestellt hat, auch nur entfernt ausreichen, um die Unabhängigkeit einer Gewerkschaft gegenüber dem Unternehmertum einwandfrei feststellen zu können. Wie wichtig es wäre, neben einer Prüfung der Satzungen vor allem auch das Verhalten der Wirtschaftsfriedlichen zu prüfen, darüber gibt die folgende in diesen Tagen vom Reichstagsabgeordneten Kuffhäuser eingebrachte kleine Anfrage an den Reichsarbeitsminister dem RAAG einen höchst beachtlichen Hinweis:

„Das Reichsarbeitsgericht hat am 9. Februar 1929 (in Sachen RAAG 370/25) in Übereinstimmung mit der Vorinstanz (RAAG Bielefeld) die Tariffähigkeit einer Wertgemeinschaft bejaht. Wie uns berichtet wird, hat die Wert-

gemeinschaft ihrem Prozeßgegner, dem Arbeitgeber, der in zweiter Instanz verloren hatte, die Einlegung der Revision von sich aus ermöglicht, indem sie sich zur Tragung der Kosten bereit erklärte. Dieser Prozeß ist offenbar ein Scheinprozeß, mit dem versucht werden sollte, die Durchföderung des Arbeitsschutzes mit Hilfe wertgemeinschaftlicher sogenannter Tarifverträge zu ermöglichen.

Ist dem Reichsarbeitsministerium über die Kostentragung der Revision durch die Wertgemeinschaft etwas bekannt?

Wenn das Reichsarbeitsministerium diese Frage bejaht, wenn also tatsächlich in diesem angeblichen Rechtsstreit zwischen Arbeitgeber und Wertverein die eine „Partei“ für die „Gegenpartei“ die Kosten trägt, so wird wohl auch endlich das Reichsarbeitsgericht seinen Glauben, als handle es sich bei den Wertgemeinschaften um „Soziale Gegenspieler“, der Arbeitgeber aufgeben müssen. Aus den Satzungen jenes Wertvereins war diese unnütze Verbundenheit von Arbeitgeber und Wertgemeinschaft gegen die übrigen unabhängigen Gewerkschaften freilich nicht herauszulesen.

Wir werden die Antwort des Arbeitsministers veröffentlichen.

# Staatsberatung in Braunschweig.

Kapitel Staatsministerium abgelehnt.

Braunschweig, 25. März. (Eigenbericht.)

Der Braunschweigische Landtag trat am Montag zur Beratung des Haushaltsplanes für 1929 in erster Lesung zusammen. Nach ausgiebiger Debatte wurde das Kapitel Staatsministerium mit 24 Stimmen der Regierungsgegner einschließlich der 2 Kommunisten gegen 24 Sozialdemokraten abgelehnt. Welche Stellung die Regierung und die sozialdemokratische Fraktion nach der Ablehnung dieses Kapitels einnehmen werden, steht zur Stunde noch nicht fest.

# Kein Anschluß an Preußen.

Am Landtag gab der Minister Jasper im Auftrage des Staatsministeriums zur Frage der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Braunschweigs eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die gemeinsame Not des Reiches und der Länder erzwingt eine Neugliederung des Reiches im Interesse des deutschen Vaterlandes wie der engeren Heimat. Die Deutsche Republik ist als dezentralisierter Einheitsstaat in größerer Wirtschaftsbereiche zu gliedern, die der geschichtlichen Entwicklung und Eigenart der deutschen Staaten entsprechen. Das Staatsministerium zieht eine deutsche Gesamtlösung jeder Teillösung vor. Das Staatsministerium wird die Vorfrage abwarten, die die von der Länderkonferenz im Januar 1928 eingesetzten Ausschüsse ausarbeiten. Gegenwärtig Verhandlungen mit der preußischen Regierung aufzunehmen, wie der Antrag der Deutschnationalen wünscht, hält das Staatsministerium für verfrüht. Das Staatsministerium beabsichtigt, daß die deutsche Einheit nicht gefährdet, sondern gefördert werden könnte, wenn Braunschweig und die übrigen norddeutschen Länder in Preußen aufgehen. Preußen muß in Deutschland aufgehen, wenn Deutschland leben soll. Der Freistaat Braunschweig wird dann in Niedersachsen aufgehen, das vom Meer bis zum Harz, von der Elbe bis zum westlichen Industriegebiete reichend die Altmark, Ostfalen, Westfalen und Friesland umfassen könnte. Dem Antrag der Fraktionsgemeinschaft der Mitte kann das Staatsministerium nicht zustimmen, solange der Begriff des Reichlandes nicht geklärt ist.

Die Lage des Landes ist ernst, aber nicht ungünstiger als die der meisten anderen Länder. Das Staatsministerium ersucht alle guten Braunschweiger, bei allen Erörterungen das Wohl der Heimat nicht außer acht zu lassen.“

# „Populaire“ gegen Rheinlandbesetzung.

Kriegsgeist im Offizierskorps.

Paris, 25. März. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Populaire“ protestiert heute in dem Schlussartikel einer Serie über die Zustände in der französischen Rheinarmee erneut gegen die weitere Aufrechterhaltung dieser Besetzung, die doch nur dazu diene, den Kriegsgeist im französischen Offizierskorps immer weiter zu verschärfen. Die Offiziere fühlten sich im Rheinland als die Sieger und könnten

in keiner Weise die gefährliche Kyniosigkeit ihrer Aufgaben erleben. Außerdem benutzten sie einen großen Teil der Besatzungsarmee für ihre eigenen Bedürfnisse. So bliebe von der ganzen Garnison von Mainz nach Abzug der Ordnonnanz und der Posten nicht ein einziger Mann übrig. Dabei wüßten die Offiziere nicht mehr, mit welchen Wünschen sie noch die Besatzungslisten erhöhen könnten, trotzdem sie wirklich „wie die Ratten im Schwelzertage“ lebten. Als Beweis führt das Blatt die Forderung des Generals Douchy in Landau an, der sich für den Wintergarten seiner bezeichnendsten Villa Platanen im Werte von 2500 Franken habe liefern lassen. General Douchy sei übrigens der gleiche, der im Jahre 1925 für seinen persönlichen Gebrauch die Möbel aus dem Schloß von Ludwigshafen angefordert habe.

# Italiens Balkanrüstung.

Albanien vollgepfropft mit Kriegsmaterial.

Die Sozialer „Sarcia“ (Morgenröte) weiß zu berichten, daß allein in den letzten 13 Monaten mehr als 300 000 Gewehre, gegen 12 000 Maschinengewehre und viele Tausende Tonnen Explosivstoffe und sonstiges Kriegsmaterial aus Italien nach Albanien eingeführt worden seien, ebenso 400 Militärkraftwagen und eine große Anzahl Tanks. Vom Tage des Abzuges des Italoanapalis bis heute habe Italien Waffen für 350 000 Soldaten nach Albanien geschickt, obwohl das albanische Heer nur 12 000 Mann zähle. Diese gewaltigen Mengen Kriegsmaterial könne Albanien nicht einmal in einem zehnjährigen Kriege erschöpfen.

Der amerikanische Journalist Walcott, der diese Ziffern festgestellt hat, beschuldigt das faschistische Italien eines gefährlichen und verbrecherischen Spiels mit einem Balkankrieg, der Italiens imperialistischen Streben zum letzten Erfolg verhelfen solle. Während der letzten 18 Monate hätten italienische Schiffe Tag und Nacht Kriegsmaterial von Belandisi und Otranto nach Valona übergeführt, das anfangs nur zu nächstlicher Zeit ausgeladen worden sei. Zuletzt habe man auch diese Vorsichtsmaßnahme nicht mehr beobachtet, da Italien die albanische Regierung fest am Jügel halte.

Luffahrtkonferenz in Wien. Zur einheitlichen Gestaltung der Schiedsgerichtsbarkeit für den Luftverkehr im Reich und in Deutschösterreich finden in Wien Beratungen statt.

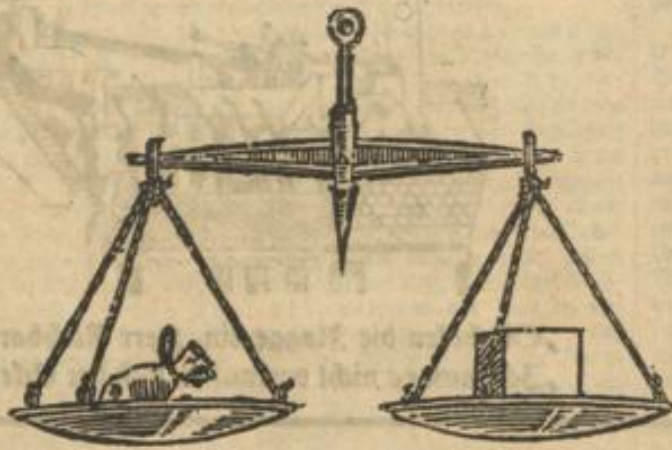
In Ugram wurden zwei führende Journalisten verhaftet; sie werden verdächtigt, den Chefredakteur Schlegel ermordet zu haben.

Als Repräsentation gegen Griechenland begann in Konstantinopel die Verteilung beschlagnahmten griechischen Eigentums an türkische Geschädigte. Die Griechenländer wurden behördlich geschloffen, da sie angeblich keine Steuern bezahlten.

Der russischsterne Fürst von Monaco hat unter dem Druck einer Demonstration — gegen die er sogar uralte, verrostete Kanonen aufgeboden hatte — versprochen, die Parlamentswahl noch vor dem 1. Juli vornehmen zu lassen.

Waffenfunde bei Reichensachsen. Wie das „Schweger Tagblatt“ aus Reichensachsen meldet, fanden Landjägerbeamte bei einer Hausdurchsuchung in der Nähe von Reichensachsen eine größere Menge Munition, eine Anzahl Gewehrläufe nebst den dazugehörigen Schloßern und andere Waffen. Der Bürgermeister nahm den Fund in Verwahrung. Die Untersuchung ist eingeleitet.





## WERT VND GEGENWERT

Man offeriert Ihnen einen Sechszylinder zum Preise eines Vierzylinders. Ist dieser Sechszylinder so preiswert für das, was er bietet — oder war der Vierzylinder vorweg um so viel zu teuer? — Es ist wohl nicht möglich, reell eine Mark für achtzig Pfennige zu verkaufen. Bei uns müssen Sie immer für einen Taler drei Reichsmark bezahlen und keinen Groschen weniger. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß Sie für Ihre Zahlung auch immer den echten, ungeschmälerten, vollen *gemänzten* Gegenwert erhalten — und nicht eine minderwertige Legierung. Die Wahl zwischen echt und simili sollte nicht schwer sein. — Verbesserte Fabrikation und erhöhte Umsätze erlaubten Preisermäßigung. Aber wir liefern auch zu den ermäßigten Preisen nicht nur die anerkannte Qualität, sondern sogar ein verbessertes und verschöntes Endprodukt, das sehr hohe maschinelle Leistung, unbedingte Zuverlässigkeit, Bequemlichkeit und Schönheit vereint und in jeder Kleinigkeit hingebungsvolle Sorgfalt erkennen läßt. Ein in großen Mengen hergestelltes Erzeugnis — aber kein Massenprodukt. Man sucht den Kunden durch Zahlen zu überzeugen. Bitte:

„Adler Standard 6“ 10145 PS 4—5 sitzige Innenst.-Limusine R.M. 6750.— ab Werk  
 „Adler Standard 6“ 12150 PS 4—5 sitzige Innenst.-Limusine R.M. 6975.— ab Werk  
 „Adler Standard 6“ 12150 PS 6—7 sitzige Pullman Limusine R.M. 8300.— ab Werk  
 „Adler Standard 8“ 15170 PS 6—7 sitzige Pullman Limusine R.M. 10500.— ab Werk

Das sind unsere Beweise.

„Adler Standard 6“ 7-mal und „Adler Standard 8“ 9-mal  
 gelagerte Kurbelwelle mit 124,4 qcm und 154,6 qcm Lagerfläche.

Auch in den reduzierten Listenpreisen einbezogen:

Original „Lockheed“ Sicherheits-Öldruck-Vierradbremse mit vollem Bremsausgleich.  
 Original „Bowen“ Einpedaldruck-Zentralschmierung mit 60 Atmosphären Druckwirkung.  
 Original „Bendix-Silent“-Anlasserantrieb. Original „Ambi-Budd“-Ganzstahl-Karosserien.  
 Gewönderte Öl-Betriebsstoff- und Luftfilter. — Reichlichste Verwendung von Elektron-Leichtmetall. — Weitdimensionierte Vollfederung. — Gewönderte Stoß-Dämpfer mit Servowirkung. — Doppelfaden-Büxlampe.  
 — Stoß-Stangen hinten und vorn. — Licht- und Signallaster am Steuerrad. — Elektro-Fabrikationsanzeiger und Scheibenswischer. — Indirekt beleuchtetes Armaturenbrett. — Tachometer. — Öldruckmesser. — Amperemeter für Ladung und Verbrauch. — Ablicht-Lampe. — Reichliches Werkzeug. — Wagenheber.

## Adlerwerke

V O R M. H E I N R I C H K L E Y E R A. - G. / F R A N K F U R T A M M A I N

B E R L I N

Belle-Alliancestraße 6 / Unter den Linden 12113 / Fernsprecher: Bergmann 7000

Filialen in: Breslau, Hamburg, Hannover, Karlsruhe B., Königsberg Pr., Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart.

Vertreter an allen bedeutenden Plätzen.

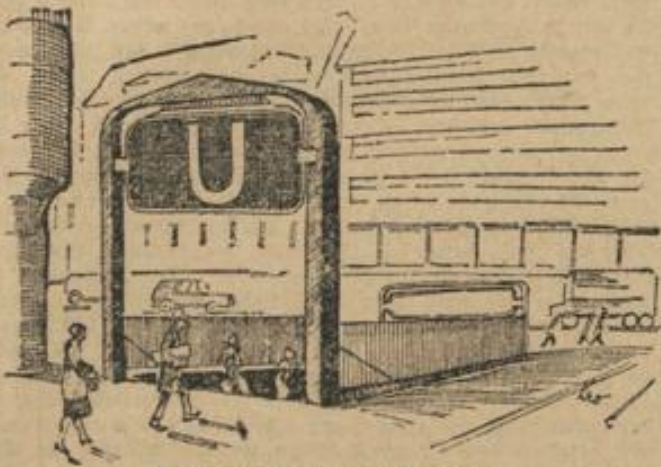
A. Berdt & Co., Guben, Bahnhofsstr. 20  
 A. Glieds, Fürstenwalde/Spree  
 A. Petri, Treuenbrietzen  
 L. Silberstein Söhne, Schwesebus  
 Adler-Automobil-Verkaufsges. Rohrig & Co. R.-G., Cottbus, Berliner Str. 70

E. Zimmermann, Potsdam, Friedrichstr. 56  
 Thomas Zambach, Schwedt a. O., Vierradenstr. 20  
 Erich Hadenberg, Wernsdorfen  
 Otto Kaloscha, Neustrelitz

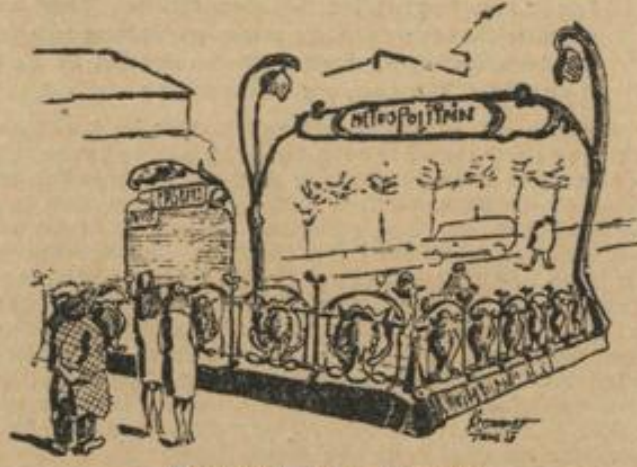
Gehr. Lachmann, Luckenwalde  
 Erich Hönigmann, Eberswalde, Bismarckstr. 20  
 Ing. Hugo Schultz, Wittenberge, Dep. Potsdam, Bahnstr. 37/38  
 Marten Körting, Brandenburg a. H., Wilhelmsofener Str. 34c  
 Automobilzentrale Hermann Mack, Landsberg a. W., Theaterstr. 14—16



# Zwei Gegensätze.



Berliner U-Bahn Eingang.



Pariser Metro Eingang.

Pariser Metro und Berliner Untergrund: beide dienen sie demselben Zwecke, und doch sind sie in ihrer Ausmachung und in der Ausstattung der Stationen und Wagen so verschieden, daß es sich schon lohnt, diese am stärksten frequentierten großstädtischen Verkehrsmittel hier und dort miteinander zu vergleichen. Wir stehen am Boulevard Raspail in Paris und suchen den Eingang zur Metro. Nach längerem Suchen entdeckt man ein grasgrün gestrichenes, mit Pflanzenmotiven üppig verzieres Eisengeländer, aus dem lähn aufstrebende, geflochtete und sich verzweigende Stengel (ebenfalls aus Eisen) eine langgezogene Tafel tragen, deren Aufschrift „Metropolitain“ mit Buchstaben im reinsten Jugendstil keinen Zweifel an dem Zweck dieses botanischen Stützgerüsts übrig lassen. Wenn der Abend kommt, erglänzt an der Spitze der Stengel zwei Glasnolpen in rosigem Licht, und aus einer Blattröhre ergießt sich heller Schein über den Orientierungsplan von Paris mit den Linien der Metro. Für 60 Centimes (10 Pfennig) kann man die Seinestadt nach allen Richtungen unterirdisch, an einigen wenigen Stellen auch oberirdisch befahren. Gerade in den Stunden des Hauptverkehrs, der auf den belebten Boulevards oft zu zeitraubenden Störungen führt, ist die Fahrt mit der Metro zu empfehlen, wenn man es eilig hat. Aber dem Allzeitigen, der noch im letzten Moment in den

abfahrenden Zug springt, wie man es so oft in Berlin beobachten kann, ist auf der Pariser Metro ein Regel vorgeföhren. Unmittelbar vor der Abfahrt schließt sich automatisch auf jeder Station der Zugang zum Perron in Gestalt einer kleinen eisernen Pforte oder einer einfachen Querflange. Ebenso automatisch schließen sich die Türen des losfahrenden Zuges, sobald die Zugbegleiter ihr seitliches Pfeifen-Signal gegeben haben. Die einzelnen Stationen, die man in Berlin schon an der Farbe der Kacheln, an der Säulenordnung erkennt, sind in Paris von ungleicher Landweiligkeit, nur belebt durch große, farbige Kellametafeln, auf denen Coats of Arms, Nestle seine Kindererziehungspräparate und Vitörfabrikanten ihre einzigartigen Aperitifs anpreisen.

Koch ist man am Bestimmungsort, wenn man sich vorher nicht in den labyrinthischen Gängen der Umsteigestation („correspondence“) verirrt hat und statt in Vincennes im Osten im Bois de Boulogne im Westen gelandet ist. Gerade auf den Außenlinien wird man die beste Gelegenheit haben, den Pariser Arbeiter zu beobachten und wird hier sicherlich tiefere Eindrücke von französischer Eigenart empfangen, als wenn man sich nur auf den für den Fremden herausgeputzten glanzvollen Boulevards herumtreibt.

sie noch zwei Schürzen zu den Nachbarn hinüberbringen und gleichzeitig ihren Mann abholen. Da sie nur wenige Minuten fortbleiben wollte, schraubte sie die Lampe klein. Sie wurde aber doch bei den Bekannten länger aufgehalten. Auf einmal rief jemand: „Die Laube brennt!“ Sofort eilten alle herüber und löschten das Feuer, das nicht sehr groß war; aber es hatte sich doch soviel Rauch entwickelt, daß die beiden Mädchen die auf einem oberen Bett schliefen, an Kohlenoxydvergiftung gestorben waren. Der Staatsanwalt hob hervor, daß die Mutter durch den Tod der Kinder schon genug bestraft wäre und beantragte die Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis und Bewährungsfrist. Das Gericht sprach die unglückliche Mutter frei, da die Fahrlässigkeit zu gering war, um strafrechtlich erfasst zu werden.

## „Graf Zeppelin“ auf großer Fahrt. Der Flug über Italien.

Rom, 25. März.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog Rom um 15.20 Uhr. Es wurde von zahlreichen Flugzeugen umkreist und von der Bevölkerung, die auf den Terrassen der Häuser stand, lebhaft begrüßt. Um 17.30 Uhr überflog „Graf Zeppelin“ Capri mit südlichem Kurs. Die Stadt Neapel wurde in der Richtung nach Osten überflogen.

### Eigenberichte von der Fahrt.

„Graf Zeppelin“, 25. März. (Eigenbericht.)

Als die Bewohner von Marseille am Montag morgen gegen 8 Uhr zu ihren Arbeitsstätten eilten, sahen sie über sich am blauen Morgenhimmel ein deutsches Luftschiff treifen. Der Zeppelin startete der Stadt einen Besuch ab. Die Bevölkerung sammelte sich auf den Straßen und Plätzen und begrüßte den Luftriesen, der nach einigen Schleißen in gerader Richtung nach Osten weiter flog. Marseille ist nach Lyon die zweite französische Großstadt, der ein Zeppelin einen Besuch abgestattet hat.

Die italienische Hauptstadt Rom wurde bei klarem, böigen Wetter überflogen. Auf Straßen und Dächern Tausende von Menschen, zahlreiche Gebäude sind besetzt. Als „Graf Zeppelin“ dem Quirinal durch Neigung der Spitze des Schiffes eine Ehrenbezeugung erwies, stürzten in der Passagiergondel Gläser und Teller zu Scherben vom Tisch. Das Luftschiff überflog das Kapitol und das Kolosseum und nahm nach zwei Ehrenrunden, von einem Fliegergeschwader mehrere Kilometer begleitet, Kurs auf Neapel, von dort nach Griechenland. Besatzung und Passagiere richteten an den deutschen Botschafter in Rom ein Begrüßungstelegramm, in dem dem Genius der ewigen Stadt gebührend und der Botschafter gebeten wird, dem italienischen Volke beste Grüße zu übermitteln.

Die Fahrt Marseille — Rom verlief bei herrlichem Wetter und völliger Windstille, Stundenlang hatte man Korfu mit seinen Gebirgen vor Augen. Das Meer glück einem Spiegel. Elba durfte auf Verlangen der italienischen Regierung nicht überflogen werden. Bei Civitavecchia erreichten wir italienisches Festland. Eine halbe Stunde später lag Rom in ganzer Pracht unter uns.

Das Schiff mochte unter Leders Führung nach Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit einen ausgezeichneten Eindruck. Die Passagiere sind ausnahmslos des Lobes voll über Schiff, Führung und Besatzung.

### Entschädigung für den schuldlos Verurteilten.

Wie uns aus München gemeldet wird, erhielt der Mechaniker Otto Götz, der wegen Mordes zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und nach zehnjähriger Zuchthaushaft unlängst im Wiederaufnahmeverfahren von der Anklage des Mordes freigesprochen worden war, jetzt eine Gerichtsentscheidung zugunsten, der die Staatskasse zur Entschädigung verpflichtet. Diese erstreckt sich auf 7½ Jahre, die Götz über die jetzt vom Augsburger Schwurgericht — wegen verurteilter Abtreibung — festgelegte Strafe hinaus verbüßt hat. Wir berichten über den Fall vor etwa 14 Tagen ausführlich.

## Ein zweites Todesopfer.

Die Arbeiter sollten natürlich schuld sein.

Das schwere Brandunglück in den Bergmann Elektrizitätswerken A.G. in Reinickendorf-Rosenthal, über das wir bereits ausführlich berichteten, hat bedauerlicherweise noch ein Todesopfer gefordert. Der 24jährige Arbeiter Ernst Fischer aus der Genter Straße 33, der am ganzen Körper Verbrennungen erlitten hatte, ist gestern abend um 6 Uhr in der Universitätsklinik Ziegelstraße seinen schweren Verletzungen erlegen.

Inzwischen scheint die sofort eingeleitete Untersuchung zumindest eine Nachlässigkeit in der Betriebsführung ergeben zu haben, so daß es Aufgabe der Ueberwachungsbehörden sein sollte, unverzüglich einzugreifen. Die Erregung unter der Arbeiterschaft der Firma Bergmann ist begreiflicherweise groß und es sollte nichts unversucht bleiben, um die Schuldfrage so schnell wie möglich restlos zu klären. Deshalb erscheint uns das Verhalten der Telegraphen-Union (TU.) unbegreiflich, die versucht, der Arbeiterschaft die Schuld an dem Unglück in die Schuhe zu schieben. Sie schreibt, daß das Großfeuer „angeblich durch Unvorsichtigkeit der Arbeiter“ entstanden sei. Was heißt hier angeblich? Das ist eine dumme Redensart. Es steht noch nichts fest und die allgemeinen Arbeits- und Sicherheitsverhältnisse in der deutschen Industrie sind keineswegs so ideal, daß man sofort eine Schuld der Arbeiter mutmaßen muß.

## Ein verhängnisvoller Laubenbrand.

Ein Laubenbrand, bei dem durch besonders unglückliche Umstände zwei Schülerinnen, und zwar die 12jährige Elisabeth und die 10jährige Frieda W. ums Leben kamen, beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Weidling. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen und fahrlässiger Brandstiftung war die Mutter der getöteten Kinder Frau Elisabeth W., die mit ihrer Familie im Sommer eine Laube in einer Kolonie bei Bittenau bewohnte. Am 15. Dezember ging der Mann gegen 10 Uhr abends zu Nachbarn. Frau W. brachte die beiden Mädchen und einen kleinen Jungen ins Bett und ging dann in den Vorraum, um zu plätten. Dabei hing sie, um besser sehen zu können, die Petroleumlampe, die an der Decke unter einem besonderen Schutzblech hing, auf die andere Seite. Als sie mit Plätten fertig war, wollte

Calm schwieg verständnislos. Sein Hirn faßte solche Gedanken längst nicht mehr. Aber seine Augen gierten nach der Flasche.

„Denken Sie dran, Calm, daß Ihr alle drei heute einen gemeinsamen Gedenktag habt. Es ist der 19. März heute.“

„Der neinzehnte?“ fragte erstaunt der zeitlos lebende Calm.

Gloß hielt ihm die Flasche lockend vors Gesicht. „Na? zum Feiern — mit Kniephade!“

„Aut, zum Feiern!“ In Calms Augen flackte es wieder.

„Sie kenn'n se herjemen!“

Gloß gab die Flasche. „Und ich gehe heim zu meinen Buchen und Fichten.“ sagte er leise und sah noch einmal über die Stadt.

„Dies werde ich wohl nun nicht mehr sehn . . .“

„Das muß sich schwer tun.“ meinte Kniephade. „Wer hat zu wille drin ausbalden misst.“

Gloß lächelte schmerzhaft. „Es sollte leicht sein, eigentlich . . . man glaubt sie doch so lange gehaßt zu haben. Und beim Abschied merkt man: man hat sie geliebt.“

Kniephade sinnierte: „So ähnlich jings je oo meine Frau . . . mit der Fabrike . . .“

Gloß rief sich los von dem Blick ins Tal, nahm seine Reisetasche.

„Man liebt ja so viel mehr Dinge, als man denkt. Man liebt auch, was man zerstört. Auch euch Revolutionern geht's nicht anders.“ Ein Windstoß machte sein Haar zu einer weißen, hohen Fahne, sein Gesicht sah aus wie eine Fläche aus Licht. „So vieles liebt man . . . lebt wohl!“ Er schwang den Hut und ging rasch.

Die Blicke der anderen folgten ihm stumm, bis er auf der Kuppe war. Aber er wandte sich nicht um und sank hinter den Berg wie hinter eine graue Mauer.

Calm entorkte die Flasche, trank und ließ Ziegler trinken. Dann nahm er den Schnaps wieder an sich, hielt ihn eine Weile zögernd vor der Brust und reichte ihn dann mit hartem Rud an Kniephade: „Weils Floß so han will. Un weils der neinzehnte März is.“

Kniephade nahm nicht. Er jagte demütig und kindlich: „Ich weeh jo, wie unrecht das von mich jewän is. Ich will jo allens widder jut machen. Ich will jo allens tun, was du willst, Calm.“

„Na, is jut. Ich wer dich brauchen eher, als du denkst.“ Die Flasche begann zu kreisen. Mehr Worte wurden bei dieser Versöhnung nicht gewechselt.

Räder knirschten. Ueber die Kuppe des Berges nickten

zwei Pferdeköpfe, dann kam der ganze Wagen nach: ein Ackerrwagen, von einem Harzbauern geführt, hoch beladen mit Tannengrün. Kniephade, des Hodens in der Kälte ungewöhnt, blickte neidisch hin. „An Feiertagen sollte mer sich machen!“

Der Wagen war heran. „Kenn'n Se uns nich an bißchen dabervon jäwen?“ fragte er den Rutscher.

Der grinste. „Reinswäjn nähmt eich an paar Stüd. Es ward je oo so reichen.“ Kniephade und Ziegler rissen große Büsche vom Wagen.

„Wofor is es denne?“ erkundigte sich Calm, schon Trunkenheit in trüben Augen.

„Fors Schloß om'ne Dekoration for'n Harzog!“ rief der Bauer und zog die Bremsen an. Langsam rutschte der Wagen hinunter.

„Forn Harzog — an'n neinzehnten März —“ Calm sah böse zum Schloß hinüber.

Die Zweige wurden geschüttelt, das Feuer wurde entfacht. Kniephade besorgte das mit ruhigen, noch arbeitsgewöhnten Händen; die Finger der beiden Andern waren zu tapfzig, zu klamm, zu zitterig. Bald wandten sich die Funken durch den Haufen, wurden Bänder, die in die Luft wehten, eine ganze Brut von roten Schlangern, die sich gegen die Kälte warfen und sie mit kleinen, wilden, spitzen Bissen immer wieder zurücktrieben.

Die Flasche kreiste, heißer wurden die Gedanken in den Hirnen — aber Kniephade gegenüber blieb Calm noch immer fremd und mürrisch.

Dann aber, als der Schnaps zu Ende war, sprang Calm auf, warf mit erstarrtem Fluch die Flasche in der Richtung zum fernen Schloß — das Glas zersplitterte ohnmächtig mihlönd am Fels, und Calm wandte sich jäh an Kniephade: „Gema haawe ich eenen da om'ne was versprochen; nu muß ichs halen; willst mich helfen, Kniephade?“

Der Böttcher nickte stumm.

„Rude ma,“ sagte Calm weiter und hob seine zitternden Hände hoch, „mit die Finger kann ichs doch nicht. Sonst tät ichs alleene, das kannst mich floomen. Un ich wers oo tun ohne dich, wenn de nicht willst. Awmer du hast ne ruhige Hand . . .“

Kniephade erschraf. Er sah nach der Richtung, in der Cöthen lag — die schnell hereinbrechende Dämmerung hatte die manchmal sichtbaren Türmchen des Seminargebäudes vermischt. Seine Augen glitten zu Calm zurück, der ihn finstern anblickte. Kniephade atmete tief auf. „Is jut.“

(Fortsetzung folgt.)

# Der Aufruhr des schiefen Calm

57]

Roman einer Revolution. Von Geacht Hermann Mostax

Gloß ließ den Blick über die Stadt wandern und traf auf die Schote der Zuckerrabrik. „Freilich: das ist nun eine Einsicht, die richtig ist und zu nichts nütze. Deshalb bleibt doch der Stachel, daß Menschen sich die Lunge aus dem Leib schauften müssen und nicht satt zu essen haben, daß . . . wozu zähle ich das auf!“ Er stand schnell auf; sein gutmütiges, pastorales Gesicht erde der Jörn. „Ewig wird dieser Stachel bleiben, ewig, und wird Revolutionen und Religionen und Reformationen wach stechen aus schlafenden Volksleibern . . . und nun muß es doch heißen: Gott sei Dank!“ Er lächelte schon wieder. „Also, merkt euch meine Einsicht erst gar nicht. Sie ist nutzlos. Früher habe ich einmal gesagt, daß alles Uebel darin liegt, daß man niemanden zur Einsicht bringen kann. Heute weiß ich, daß auch die Einsichten nicht helfen. Sonst sollten Greise regieren . . .“ Jhn fröstelte. Er begann in seiner Reisetasche zu suchen, kramte eine Flasche Brantwein heraus. „Es ist kalt. Ich lasse euch das hier. Trinkt's auf das Wohl eines, der auch mal das Beste gewollt hat, und das Beste war Wunder.“

Die rotgeränderten Greisenaugen stierten gierig auf die Flasche. Gloß lächelte. „Aber nur, wenn Ihr's mit Kniephade zusammen trinkt!“

Calm wandte sich drummend ab.

Gloß schüttelte den Kopf. „Kinder, Kinder, seid froh, wenn wieder einer zu euch kommt! Seht mal: damals habt Ihr euch gewundert, daß der Adlige von Gloß freisinnig war. Nun, er war's aus Einsicht, und er war einsichtig aus Armut, und Armut ist sein Verdienst. Aber das heil kommt vielleicht von der Armut — und einmal werden auch die Trosegs arm sein!“

„Bale!“ knurrte Calm.

„Na, und heute kommt sogar ein Hoflieferant,“ fand sich Gloß scherzend zurück. „Also nun zerstört mal nicht die einzige Hoffnung, die noch bleibt: daß einstmals alle zu uns kommen. Schubst nicht gleich den ersten weg!“



# Der Tod des Nationalsozialisten.

Sechs Personen wegen Körperverletzung angeklagt.

Am einem nebligen Herbstmorgen, am 17. November 1928, wurde die Leiche eines etwa 30-jährigen Mannes aus dem Landwehrkanal gezogen. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß es sich um einen Kaufmann Hans Rüttemeyer handelte, der fanatischer Anhänger Hitlers war. Am Abend vor seinem Tode nahm er an einer Versammlung der Nationalsozialisten im Sportpalast teil, in der Adolf Hitler selbst teilnehmend und provozierend gesprochen hatte.

Ein Ermittlungsverfahren folgte. Man stellte fest, daß Rüttemeyer nach der Versammlung in Begleitung von verschiedenen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts in Hitler-Tracht durch die Berliner Straßen gegangen war. Man hatte zudem stark gekneipt und in eifrigeren Vorfällen Zusammenstöße gehabt. An der Fietzen- und Bülowstraße kam es dann zu einer Auseinandersetzung mit Bauarbeitern, die in Tätlichkeiten ausartete. Dabei sollen die Bauarbeiter nach Rüttemeyer und seinen Begleitern mit Steinen, Werkzeugen und Holzspanen geworfen und geschlagen haben. Wer provoziert hat, ist nicht festgestellt. Ob überhaupt und inwieweit Rüttemeyer bei diesem Zusammenstoß Verletzungen erlitt, ist gleichfalls unauferklärt. Der Vorfall selbst spielte sich etwa um 2 Uhr nachts ab. Rüttemeyer stürzte aber erst um 5 1/2 Uhr morgens, also etwa 3 Stunden später, am Bülowufer in den Kanal. Was in den Zwischenstunden geschah, hat sich nicht aufhellen lassen. Es konnte auch nicht ermittelt werden, ob Rüttemeyer, wie es behauptet wird, nachher noch in eine zweite Schlägerei hineingeraten ist. Zudem kann der kausale Zusammenhang bei der zwischen den beiden Ereignissen liegenden langen Zeitdauer von 3 1/2 Stunden auch sonst durch irgendwelche unbekannt gebliebenen Umstände unterbrochen sein.

Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft gegen sechs Straßenaufarbeiter Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung erhoben. Die Hauptverhandlung soll demnächst vor dem Großen Schöffengericht am Schönberg stattfinden. Bis zur Stunde wissen wir natürlich nicht, welches Beweismaterial der Staatsanwalt Köhler, der die Einleitung des Hauptverfahrens beantragte, noch in Hintergründe hat, und wir wollen nicht präjudizieren. Trotzdem glauben wir sagen zu dürfen, daß es in weiten Kreisen der Bevölkerung Verwunderung erregen wird, wie auf Grund milder Erzählungen, deren Zusammenhang mit etwaigen Verletzungen und dem Tode Rüttemeyers doch wirklich kaum zu erweisen ist, eine so weitgehende Anklage erhoben werden konnte.

# Abschied von August Hingst.

Gestern war eine ernste Feierstunde: Die Arbeiterchaft Berlins, nein, die Sozialdemokratie überhaupt, nahm vom Genossen August Hingst in der Halle des Krematoriums Gerichtstraße letzten Abschied.

Vor dem Eingang drängten sich an dem milden Frühlingsabend die Freunde und Mitkämpfer, mühsam bahnten sich die vielen Krone- und Bannerträger einen Weg, die Häupter entblühten sich, als die Ehefrau, die treue Gefährtin und unermüdete Kämpferin des Verbliebenen erschien. Nach dem Trauermarsch von Chopin erklang das Lied, das wie ein Zeitgedanke die ganze Hallen durchzog: „Ein Sohn des Volkes will ich sein.“ August Hingst ist es gewesen! Der Redner der Freidenker schloßerte sein Leben. Eines armen Schuhmachers Sohn, verbrachte er seine Kindheit in Armut und Dürftigkeit. Das hat er nie vergessen. Immer war er Vertreter der Armen und Unterdrückten. Nur deshalb, und weil reiche Erfahrung und unermüdetes Studium ihn erhoben, betraute ihn das Proletariat mit verantwortlichen Posten und Ämtern. Für den Magistrat Berlin, für den Bezirk Wedding und Sozialdemokratische Partei sprach Bezirksbürgermeister Genosse Leid. Schlicht und einfach, aber in ihm so deutlicher Aufzeichnung von Leistungen, würdigte er die kommunale Arbeit des Stadtrats a. D. und Stadältesten Hingst. Nachdem August Hingst 1919 Stadtrat geworden war, widmete er seine Tätigkeit hauptsächlich dem Wohlfahrtswesen. Es ist bezeichnend, daß sein Entgegenkommen, sein menschliches Mitgefühl, sein restloses Helfenwollen gefähliche Gegner veranlaßte, ihn zu bekämpfen. An der Untadeligkeit des Mannes prallten alle Vorwürfe ab. Als das Gesetz über die Altersgrenze seine Verabschiedung erforderte, ehrte ihn Berlin durch Ernennung zum Stadältesten. Der Verwaltungsbezirk Wedding aber wählte ihn zum Bürgerdeputierten, und in dieser Eigenschaft war er noch vor wenigen Wochen tätig. Für den A.V.-Bund sprach Genosse Gottfrucht. 1883, als noch das Sozialistengesetz wüthete, war Hingst Mitgründer der freien Organisation junger Kaufleute. Zeit seines Lebens verfolgte er den Kampf, den er damals begonnen hatte. Genugtuung war es ihm, in den letzten Jahrzehnten zu leben und zu erleben, wie der Samen, den er gestreut hatte, aufging und reiche Frucht trug. Ihm nachzueifern, ist unsere Aufgabe. Den alten Laubentolonen grüßte mit schlichten Worten ein Freund und Genosse. Dann erklang ein Lieblingslied des Toten, Seemes „Ihr“. Es war wie eine letzte Deutung dieses Lebens:

Ich hab nichts dran verdorben,  
Sie blieb von selber stehn.

Alte und junge Reichsbannerkameraden hielten die Ehrenwache. Banner und Fahnen senkten sich, als die Weiße vom Kameraden

# Berlins Finanzpolitik.

Woher das Geld für den Stadthäkel kommt.

Die zur Erörterung kommunaler Fragen Berlins von der Arbeiter-Bildungshule und dem kommunalen Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete Vortragsreihe wurde am Sonntag fortgesetzt mit einem Vortrag des Stadtverordneten Genossen Dr. Lohmann über Finanzen und Steuern.

Lohmann gab zunächst einen Überblick über die Quellen, aus denen dem Stadthäkel die Einnahmen zufließen. Eine Hauptquelle sind die Steuern. An ihnen sind stark beteiligt die von Reich und Land überwiesenen Steuern, über deren Höhe auch Reich und Land entscheiden. Daraus ergibt sich eine Erleichterung eigener Finanzpolitik der Stadt. Im Haushalt für 1929 stehen 460 Millionen Mark Einnahmen aus Steuern, davon sind allein 166 Millionen Ueberweisungssteuern, nämlich 111 Millionen Einkommen- und Körperschaftsteuer, 29 Millionen Hauszinssteuer, 19 Millionen Umsatzsteuer, 7 Millionen Kraftfahrzeugsteuer. Der Anteil der Ueberweisungssteuern wird immer größer, und um so größer wird die Abhängigkeit der städtischen Finanzpolitik von ihnen. An Hauszinssteuer bringt Berlin viel auf, aber es erhält wenig zurück. Im letzten Jahr erhielt es 51 Millionen zu wenig, die bei der Verteilung anderen Gemeinden zufließen. Damit hätte Berlin 5000 Wohnungen mehr finanzieren können. Und dann wirft man der Stadt vor, daß sie für Wohnungsbau zu wenig tut. Eine zweite Einnahmequelle sind die Ueberträge aus städtischen Eigenbetrieben. Im Haushalt für 1929 steht diese Einnahme mit 80 Millionen, gegenüber 68 Millionen für 1928 und 46 Millionen für 1927. Die bedeutende Steigerung zeigt den günstigen Stand der Betriebe. Bewährt hat sich ihre Zusammenfassung. Sie war besonders bei den Verkehrsunternehmen nötig, und hier sind die Vorteile auch besonders augenfällig. Ohne die Straßenbahnüberschüsse, die jetzt für das gesamte Verkehrsnetz nutzbar gemacht werden können, wäre kein Ausbau des Schnellbahnnetzes möglich. Aus anderen Betrieben der Stadt kommen sehr viel kleinere Ueberträge. Die Güter liefern nur 700 000 M., weil sie alle Bauten (z. B. auch die Arbeiterwohnungen) aus eigenen Mitteln ausführen müssen. Der Gewinn aus der Brennstoffgesellschaft besteht darin, daß sie den gesamten Brennstoff der Stadt so billig beschafft, wie kein privater Lieferant es täte. Das städtische Anschlagwesen mit eigener Druckerei bringt im Jahr 14 Millionen Uebertrag. Das Schlackensteinstaub beginnt rentabel zu werden. Die Anschlaggesellschaft ist saniert und wird ohne Zuschuß auskommen. Die Stadt hat noch eine Reihe „Gebührenbetriebe“, die selber ihre Unkosten decken müssen, z. B. Vieh- und Schlachthof, Kanalka-

tion, Straßenreinigung, Müllbeseitigung. Die Schneearäumung ist in schneereichen Wintern sehr kostspielig. Im letzten Winter erforderte sie 3 1/2 Millionen Mark. Bei einem Schneefall von 10 Zentimeter Höhe kostet infolge der weiten Ausdehnung des bebauten Gebietes die rasche Abräumung 6 Millionen, wofür man zwei neue Krankenhäuser bauen und einrichten könnte. Im letzten Winter hätte die Beschleunigung der Abräumung 15 Millionen Mehrausgabe erfordert. Der Vortragende ging dann näher auf einige der Steuereinnahmen und auf die Frage ihrer Steigerung ein. Im Haushalt stehen als wichtigste Steuereinnahmen 111 Millionen Einkommensteuer, 103 Millionen Gewerbesteuer und 87 Millionen Grundsteuer. Die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf „freie Berufe“ (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Schriftsteller) wird in Preußen beabsichtigt. Der Mehrertrag für Berlin wäre nicht groß. Von der städtischen Grundsteuer, für Berlin 200 Prozent Zuschlag zur staatlichen, kann der über 100 Prozent hinausgehende Anteil auf die Mieter umgelegt werden. Nützlich wäre die Freistellung der Kleinwohnungen von der Umlage. Kleinere Steuereinnahmen sind unter anderem die Wertzuwachssteuer, die Zufuhrsteuer, die Hundsteuer. Die Wertzuwachssteuer trifft wirksam auch die ausländischen Grundstückskäufer, die ihren in der Inflationszeit billig gekauften Besitz jetzt mit hohem Gewinn veräußern. Mehr als 30 Proz. des Gewinns wegzusteuern, erlaubt das Gesetz nicht. Zu den laufenden Einnahmen aus Steuern und Betrieben kommen die Anleihen, die für Aufgaben der außerordentlichen Verwaltung aufgenommen werden müssen. Der Anleihebedarf ist groß, aber unberücksichtigt sind die Angriffe rechtsstehender Parteien wegen der Schuldenlast. Der allergrößte Teil von ihr entfällt auf werbende Anlagen, auf die Werte, deren Ertrag durch Ausbau gesteigert wird.

Genosse Dr. Lohmann schloß mit der Feststellung, daß in Berlin im Durchschnitt der letzten beiden Jahre die Ausgaben zum Wohl der Bevölkerung um jährlich 12 Proz. erhöht worden sind, während die Bevölkerung nur um jährlich 2 Proz. zugenommen hat. Das ist ein gutes Zeugnis für die Leistungen der Stadtverwaltung. Im Haushalt für 1929 stehen 967 Millionen Gesamtausgabe, daran sind unter anderem beteiligt Bahnfahrtswesen mit 207 Millionen, Gesundheitswesen mit 117 Millionen, Schulwesen mit 168 Millionen. Das ergibt allein für diese drei Gebiete kommunaler Arbeit schon 492 Millionen, über die Hälfte der Gesamtausgabe. Mit solchen Leistungen kann Berlin sich sehen lassen. Noch mehr zu tun, war in diesem Jahre nicht möglich. Für ein Mehr von Ausgaben könnte Deckung nur beschafft werden, wenn Steuern und Tarife erhöht würden. Das aber wäre für die Bevölkerung eine Belastung, die vermieden werden muß. (Lebhafter Beifall.)

erklang. Treue Altersgenossen und Mitstreiter, junge Nachfolger des Verbliebenen verließen erschüttert und doch erhoben die schlichte Kapelle.

# Das ungelöste Mordrätsel.

Die Nachforschungen in Jannowitz.

Die Untersuchung des rätselhaften Mordfalles auf Schloß Jannowitz liegt augenblicklich ganz in den Händen der Berliner Kriminalbeamten, deren Ergebnis auch vom Untersuchungsrichter abgewartet wird, der den Berliner Kriminalbeamten vollständig freie Hand läßt. Kriminalrat Hoppe hat mit seinen Berliner Beamten die Ermittlungen am Sonntagabend in Jannowitz fortgesetzt und befindet sich auch heute vormittag wieder am Tatort. Ohne Rücksicht auf die bisherige Untersuchung will er die mysteriöse Angelegenheit bearbeiten.

Vom Rechtsbeistand der gräflichen Familie, Rechtsanwalt Rusche, wird die Werbung der Presse widerrufen, das Majorat sei mit 30 000 M. Steuern rückständig. Die Verwaltung habe überhaupt keine Rückstände beim Finanzamt. Es sei ferner nicht zutreffend, daß das Majorat überschuldet ist. Trotzdem ist in diesem Zusammenhang eine neue Vermutung aufgetaucht, die aber auch nicht für wahrscheinlich gehalten wird. Diese Vermutung geht davon aus, daß auch eine Tötung auf Verlangen vorliegen könne und daß sich der Vater für die Familie aufgeopfert hat, um eine doppelte Lebensversicherungssumme, die im Falle eines unnatürlichen Todes, abgehen vom Selbstmord, bekanntlich während einer gewissen Zeit gezahlt wird, für die Familie zu erlangen und dadurch die finanziellen Verhältnisse der Familie zu sanieren. Es müßte natürlich geklärt werden, ob Graf Eberhard für den Todesfall versichert gewesen ist. Die Berliner Beamten werden auch diesen Gegenstand untersuchen.

Ferner ist am Sonntag beim Preussischen Regierungspräsidenten die Auslegung einer Besoldung für Mittelungen, die zur Aufklärung der Mordtat dienen können, beantragt worden. Kriminalrat Hoppe erstattete am Sonntagabend nach Berlin Bericht.

# Explosion einer Gastkompressoranlage.

Zwei Bahnbeamte schwer verletzt.

Brandenburg a. d. H., 25. März. (Eigenbericht)

Im Bahnbetriebswerk Brandenburg a. d. Havel, in nächster Nähe des Hauptbahnhofes, ereignete sich gestern abend um 9 Uhr ein Explosionsunglück, bei dem zwei Bahnarbeiter schwer verletzt wurden.

In einem unmauerten Gebäude befindet sich eine Gastkompressoranlage, aus der die Gastanks der Züge gespeist werden. Aus bisher noch ungeklärter Ursache explodierte die Gastkompressoranlage und slog unter heftigem Knack in die Luft. Durch die Gewalt des Luftdruckes wurde eine Mauer zum Einstürzen gebracht und das Dach abgehoben. Der Referentolomotivführer Schülke und der Schuppenfeuermann Kemnitz, beide aus Brandenburg, die sich im Augenblick der Explosion im Gebäude befanden, wurden schwer verletzt. Sie fanden im Städtischen Krankenhaus Aufnahme.

# Stille Karwoche.

Auf Grund der Polizeiverordnung vom 15. Mai 1913 werden auch in diesem Jahr die Bestimmungen über die äußere Heiligung der Feiertage in der Zeit vom Donnerstag, dem 28. März, bis zum Sonntag, dem 31. März (Karwoche) streng gehandhabt. Am Donnerstag, dem 28. März, und am Sonnabend, dem 30. März, dürfen in Theatern, Zirkussen, Varietés, Varietés, Kabarets, Konzerten und sonstigen Vergnügungstroteln nur ernste Darbietungen stattfinden. Am Karfreitag, dem 29. März, sind die genannten Unternehmungen grundsätzlich geschlossen zu halten. Zulässig sind nur Theaterstücke, Filme und Konzerte religiösen bzw. ernstlichen Inhalts. In Lokalen mit Schankbetrieben, gleichviel, ob es sich um Cafés, Konzerts- oder ähnliche Lokale handelt, sind musikalische Darbietungen jeder Art, also auch ernste Musik, grundsätzlich verboten. Das gleiche gilt für öffentliche gewerbliche Ver-



## AKTUELLES REPERTOIRE - VOLLENDET IN REINHEIT UND TONFÜLLE!

Orchestra

# Alles greift nach Orchestra!

AUS DEM NEUEN REPERTOIRE:

<p><b>2008</b> Rosen und Frauen. Lied von Franz Gröhe. Text von Theo Hatten und Karl Brul. Es gibt eine Frau, die dich niemals vergißt. Lied v. Jim Cowler. Text v. Kurt Schwabach.</p>	<p><b>2009</b> Salon-Orchester. Die Schilfbläser (Les Filleuses). Walter, Emil Waldecker. Estrella. Walter, Emil Waldecker.</p>	<p><b>2010</b> Violina. Schölske. Walter, Emil Waldecker. Marika. Walter, Emil Waldecker.</p>
---	---	---

MK. 2.25

IN DEN BESSEREN MUSIKGESCHÄFTEN ERHÄLTlich! Berlin SO 36, Maybach-Ufer 49-51

## DIE GUTE LANGSPIELPLATTE!



anstellungen, wie Rennen, Bog- und Ringkämpfe und ähnliche Darbietungen sowie für Veranstaltungen auf Rummelplätzen. In demselben Umfang wie die öffentlichen sind auch alle privaten in Theatern, Konzert- und sonstigen öffentlichen Lokalen veranstaltete Lustbarkeiten mit Einschluß der Gesangs- und deklamatorischen Vorträge, Schaustellungen, theatralischen Vorstellungen und Musikaufführungen verboten. Vom Donnerstag, dem 28. März, 22 Uhr bis Sonntag, dem 31. März einschließlich sind öffentliche Tanzlustbarkeiten, am Karfreitag auch alle privaten Tanzlustbarkeiten in den genannten Lokalen verboten.

### Riesen-Wasserflugzeug verschollen.

Zwei amerikanische Militärflugzeuge auf der Suche.

London, 25. März.

Von dem am vorigen Donnerstag mit einem Piloten, zwei Mechanikern und dem bekannten Geschäfts- und Sportsmann Raymond Finslane aus Rochester von Miami nach New York abgeflogenen Riesen-Sitorisly-Wasserflugzeug fehlt nach Meldungen aus Norfolk (Virginia) jede Spur. Zwei Armee- und Marineflugzeuge, das amerikanische Luftschiff „I. C. D.“ und eine Reihe von Küstenkisten haben bisher ergebnislos geflucht. Das vermehrte Flugzeug hatte auf dem Wege nach New York in Norfolk eine Zwischenlandung vorgenommen und war am Freitag weitergefliegen. Seither fehlt jede Spur von ihm.

Mount Gretna (Pennsylvanien), 25. März.

Ein aus der Richtung New York kommender Eindecker stürzte über dem hiesigen Feldlager der Staatsmiliz ab. Die drei Insassen wurden getötet.

Benavola (Florida), 25. März.

Der Fluglehrer der hiesigen Marinefliegerstation, Leutnant Roberts, und ein Flugschüler wurden getötet, als ihr Flugzeug, das sich startbereit auf dem Boden befand, von einem zweiten Flugzeug, das gerade landete, gerammt und schwer beschädigt wurde. Beide Flugzeuge gerieten in Brand. Ein Flugschüler, der sich in dem zweiten Flugzeug befand, wurde von brennendem Benzin übergossen und trug schwere Brandwunden davon.

### Eine schlagfertige Liebhaberin.

Nach der Auflösung des Verhältnisses.

Vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg hatte sich Frau v. B., die kinderlose Witwe eines Oberleutnants, wegen öffentlicher Beleidigung eines Schupoobermachtmisters und wegen Körperverletzung zu verantworten.

Die Angeklagte hatte mit einem Polizeioberwachtmister A. ein Liebesverhältnis. Sie habe ihn, der Verhörsprotokollist war, auf der Straße kennengelernt. Er habe sich ihr genähert, zuerst sei sie „sehr stolz“ gewesen und habe ihn abgewiesen, er habe ihr dann aber gefallen. Das Ende vom Liede war, daß er, wenn auch nicht angenehm, bei ihr wohnte und sich. Sie habe ihm das Geld geliehen. Nach mehr als zweijährigem Bestehen habe er das Verhältnis gelöst, und sie habe nun ihr Geld zurückverlangt. Der frühere Freund habe auch anerkannt, daß er ihr mehrere hundert Mark schulde. Auf Veranlassung des Reklervorstehers habe er das Geld allmählich zurückgezahlt.

Am März v. J. spielte sich nun der erste intrinmierte Vorfall ab. Die Angeklagte behauptete, daß sie ärgerlich gewesen sei, weil der Polizeioberwachtmister an ihr vorbeiging ohne sie zu grüßen. In jenem Abend habe sie ihn auf der Straße erwartet, da sie dachte, daß er vom Dienst kommen sollte. In der Dunkelheit habe sie ihn aber mit einem anderen Polizeioberwachtmister verwechselt, und es sei möglich, daß sie nun diesen ins Gesicht geschlagen habe. Der Einzelheiten erinnere sie sich aber nicht mehr, da sie angetrunken gewesen sei. Die Angeklagte wurde von dem Beamten zur Wache gebracht, und dort soll sie mehrmals gerufen haben: „Polizeioberwachtmister A. ist der größte Zuhälter.“ Die Angeklagte bestritt, sich in dieser Weise geäußert zu haben, sondern sie will gesagt haben, A. benehme sich wie der größte Zuhälter. Genau einen Monat später passierte der zweite Vorfall. Die Angeklagte wartete vor der Polizeiwache, und als ihr verlassener Liebhaber in Begleitung eines anderen Beamten heraustrat, sprang sie auf ihn zu und schlug ihm mit der Handpeitsche ins Gesicht. A. packte sie an den Händen und brachte sie zur Wache. Dort soll die Angeklagte getobt, dem A. nochmals mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen und geschimpft haben. Sie wurde daher in eine Zelle gesperrt.

Die beiden Beamten haben Strafantrag gestellt. Die Angeklagte gab die Vorfälle zu. Auf Befragen des Verteidigers gab A. noch an, daß gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist. Der Staatsanwalt beantragte 500 Mark Geldstrafe. Das Schöffengericht verurteilte Frau v. B. wegen einfacher Körperverletzung des einen Polizeioberwachtmisters und wegen fortgesetzter, teilweise gefährlicher Körperverletzung des Polizeioberwachtmisters A. und wegen wärtlicher öffentlicher Beleidigung zu 400 Mark Geldstrafe.

### 3. Berliner Kägenchan.

130 Kägen der verschiedensten Rassen und Nationalitäten haben sich im Schuber-Saal, Wilmstr. 37, ein Stellbischen zu Ausstellungszwecken gegeben. Unendlich viel Grazie, wahrhaft vornehmes Benehmen und Form gewordene schaurigende Behaglichkeit hat sich dort zusammengedrängt. Die Aussteller tun geschickt alles, um die Schönheit ihrer Käge zu unterstützen, und so sind nicht nur die blauen Perler, die weißen Angora und die Wildkatzen von schauwürdigen Kägenfreunden umringt, sondern jede Käge findet Beachtung. Zugleich werden die Verkauf- und Verschickungsmöglichkeiten ausgenutzt. Tiere, die sich in den Händen von tierliebenden Menschen befinden, werden meistens dreifach und so können auch die hier ausgestellten Kägen fast alle ein paar Kunststücke. Der Veranstalter der Ausstellung, der Bund für Kägenzucht und Kägenfreunde e. V., Dresden, der eine Ortsgruppe in Berlin hat, will die Zucht der Kägen in die richtigen Wege leiten, weshalb für Stammbäume gesorgt wird. Diese adeligen Kägen haben sehr vornehme Namen, finden wir doch u. a. einen Peter und einen Tellus von der Siegenallee.

# Ansturm der Zahnärzte.

## Gegen Krankentassen, Sozialdemokratie und Dentisten.

Wir berichteten vor einigen Wochen über ein Referat, das der Genosse Dr. Alexander Drucker vor dem Standespolitischen Verein der Zahnärzte gehalten hatte. Gegen diese Verammlung berief der Landesverband der Zahnärzte eine Gegenversammlung ein, unter Teilnahme von Vertretern der Landtagsfraktion des Zentrums, der Deutschen Volks- und Deutschnationalen Volkspartei.

Das erste Referat hielt der Geschäftsführer Herr Dr. Salomon. Er bezweifelte die Notlage der Krankentassen, da diese laut Reichsstatistik 1926 schon 127 Millionen Mark Ueberschuß hätten. Daß die Krankentassen durch die Reichsversicherungsordnung verpflichtet sind, Rücklagen zu machen, scheint dem Referenten unbekannt zu sein. Er erzählt dann weiter, daß sich der Wohlfahrtsminister gegen eine Erhöhung der Versicherungsgrenze ausgesprochen habe. Interessant war das Zugeständnis, daß der Zahnärzteverband, auch wenn er mit vielen kleinen Kassen zum Teil täglich lösbare Verträge abgeschlossen hätte, letzten Endes doch nicht die Macht habe, die großen Aristokraten zu Vertragsabschlüssen zu zwingen. Zum Schluß gab er noch die programmatische Erklärung ab, daß die Zahnärzteorganisation eintreten für den freien Wettbewerb, gegen die Kollierung (Gleichmachelei), für einen freien Zahnärztestand und für die Erhaltung der freien Berufskassen. Das sind Erfordernisse, mit denen sie aber zurzeit sich in einem verträglichem Zustand befinden. Als Vertreter des Reichsverbandes sprach Herr Dr. Hoffmann. Er betont den Akademikerstandpunkt und sprach viel von Standesehre. Dann wandte er sich besonders gegen die Dentisten. Weiter erzählte er, daß in Berlin noch jeder Lächliche sein Brot bekäme und wandte sich gegen die „Ministerlotsengehälter“ der Assistenten. Die Aussichten für die Zahnärzte würden sich bedeutend bessern, wenn die Zahnärztliche Frage gelöst würde (d. h. auf deutsch, wenn eine Bratlosmachung aller Zahnärzte durch einen Parlamentsakt erfolge. Die Red.). Die Zahnärzte seien eine schwammige Masse, die größtenteils

aus andern Berufen stammen und keine Vorbildung haben.“ Ferner behauptet er, daß der Durchschnittsmensch mit 17 Jahren nichts von Pathologie (d. h. Kenntnis von den krankhaft veränderten Organen) und Mikroskopie verstehen könne. Ferner behauptete Herr Dr. Hoffmann: „Der Arbeiter könnte sich ohne die Sozialversicherung ein Vermögen schaffen“ und ferner glaubt er, daß sich auch „die Entente noch gegen die Sozialversicherung wenden“ werde. Zum Schluß erklärte er noch, es sei nicht möglich, mit den Krankentassen gut Freund zu sein.

In der nun folgenden Diskussion wurde erst der Zentrumsgabgeordnete Herr Dr. Wester persönlich, indem er behauptete, daß der Zahnärzteverein des Genossen Dr. Alexander Drucker eine gelbe Gewerkschaft sei und daß die Sozialdemokraten zwar für eine Organisation der Hand-, aber nicht der Kopforbeiter seien. Zum Schluß wandte er sich dann noch gegen die Zahnärzte. Es ist deshalb folgende Feststellung interessant, die wir der „Deutschen Landfrankentasse“, Jahrgang 1924 Nr. 22 S. 396, entnehmen: „Der Landtagsabgeordnete Dr. Wester (Ztr.), der sich im Landtage in besonderer Weise für die Zahnärzte einsetzte und den Antrag der Dentisten auf Bildung von Dentistenkammern bekämpfte, war früher Zahnarzt, soll aber seine Praxis ausgerechnet an einen — Dentisten verkauft haben! Also zum Austausch einer zahnärztlichen Praxis sind doch immerhin die Dentisten gut genug. Diese Feststellung der „Deutschen Landfrankentasse“ ist bis heute un widerlegt geblieben und man kann deshalb über die Angriffe des Herrn Dr. Wester gegen die Sozialdemokratie und den Genossen Dr. Drucker mit einem „Nichtwiger hängen“ zur Tagesordnung übergehen.“

In das gleiche Horn stieß auch der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Dr. Böhm, der ebenfalls die Freundschaft der bürgerlichen Parteien für die Zahnärzte betonte und gegen die S.P.D. Stimmung zu machen suchte. Zum Schluß wurde eine Entschärfung angenommen, die auch für die Zahnärzte eine Schlichtungsordnung bei Streitigkeiten mit den Krankentassen forderte.

### Märzfeier der Jugend.

Die Sozialistische Arbeiterjugend hat am Donnerstagabend gemeinsam mit der Jugend der W. Abteilung eine Märzfeier in der Schulaula der Knaben-Mittelschule veranstaltet, die zu einem feierlichen Treuegelingen der Jugend für die Sozialdemokratie wurde. Die roten Burschen und Mädchen kennen ihre Aufgabe; sie stellen sich treuherzig mit ein in die Front der Gewerkschaften und Partei, sie verstehen es aber auch feste zu feiern. Mit der „Weise des Gesanges“ von Novalis, das der Neuföhler Frauenchor so trug, begann die Reizeitation und Klavierstücke schloffen sich an. Der Sprecher der Sozialistischen Arbeiterjugend brachte das Gedicht von Käser „Eine rote Fahne“ lebendig und kraftvoll zum Vortrag. Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Löwenthal sprach zur Jugend über die 1848er Revolution, über die Tage des Zusammenbruchs der Monarchie und zeigte der Jugend ihre Aufgabe. Der Sozialismus wird nur dann sieghaft vorwärts schreiten, wenn die Front der Kämpfer für diese neue Weltanschauung immer breiter und stärker wird. Die Jugend hat ihren eigenen Lebensrhythmus, sie ist trotzdem ein Glied der Arbeiterbewegung. Dem großen Ziel des Sozialismus muß alles untergeordnet sein. Nach den anfeuernden, mit großem Beifall aufgenommenen Worten klang wieder der Sprecher auf dem Podium und mit dem „Gedicht“ von Kurt Becker „Die Erde“ und dem gemeinsamen Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ klang die Feier aus.

### Republikanische Morgenfeier.

Der Ortsverein Friedrichshain des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold feierte am Sonntag mit einer republikanischen Kundgebung sein fünfjähriges Bestehen. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal der Alhambra in der Köpenickerstraße hielt Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann nach dem Einmarsch der Fahnen eine mitreißende Ansprache. Er gedachte zunächst der Märztage des Jahres 1848, wo zum erstenmal das deutsche Volk für Einheit und Freiheit auf den Barricaden gestanden hat. Damals gelang es noch nicht, die Fürstenmacht zu brechen und das Volk selbst zur Mitarbeit im Staat aufzurufen. Die in der modernen Arbeiterbewegung gesuchten Kräfte haben dann endlich 1918 nach den blutigen Jahren des Weltkrieges den demokratischen Volksstaat geschaffen können. Damit die junge Freiheit nicht wieder von der Reaktion zerbrochen werden kann, haben sich die Republikaner im Reichsbanner zusammengeschlossen. Otto Hörsing hat der Republik ihre Schutztruppe gegeben. Sie ist heute so wichtig wie vor fünf Jahren; sie muß helfen, die Republik zu einem sozialen Volksstaat zu machen. Mit den Worten Wilhelm Liebknechts: Vor allen Dingen seid pflichtbewußt, schloß Philipp Scheidemann seine Ausführungen, die stürmischen Beifall fanden. Dann wurde der Film „Herzschlag der Welt“ gezeigt, der vor vielen Kriegsteilnehmern noch einmal die Schreckensjahre von 1914 bis 1918 erleben ließ und vor der Jugend den romantischen Schleier zerriß, der die Frage des Krieges verhüllte. Der gemeinsame Sang des Bundesliedes „In Kämpfen und Dunkelheit“ beschloß die eindrucksvolle Morgenfeier.

Die deutsche Kunstgemeinschaft veranstaltete trotz der vorgerückten Jahreszeit im großen Festsaal bei Kroll einen Gesellschaftsabend, der sich zahlreichen Besuch erfreute. Nach einem Konzert, bei dem von der Kapelle Groß ausgeführt wurde, begann der Tanz, der die Gäste bis zum Morgen zusammenhielt, aber gegen 12 Uhr unterbrochen wurde, um einem Kubarett Platz zu machen. Willy Fiedler, Maria Renz, Margarete Bömer und Wolfgang Zilzer gaben, von Alfred Braun höchst persönlich angeführt, ihr Bestes, unterhielten die Gäste vorzüglich und lösten, da sie in schönster Geduld waren, oft genug Lausstürme aus. Jede Besucherin und jeder Besucher wurde durch eine Gabe graphischer Kunst überrascht und

erfreut, sie mit einer Radierung von Paul Daeßle, er mit einem Holzschnitt von Pechstein, beide handsigniert. Steingeklingen von Altmeister Zille wurden verlost. Im ganzen ein gelungener, sehr erfreulicher Abend.

### Die Arbeit des Hilfsvereins.

Der im Jahre 1901 gegründete Hilfsverein der Deutschen Juden hielt seine diesjährige Jahresversammlung ab. Der Verein, der seinerzeit entstand, um bei hereinbrechenden Katastrophen als Kampforganisation zu dienen, hat auch heute noch seine Daseinsberechtigung. Im abgelassenen Jahre mußte er z. B. zweimal in Funktion treten: bei der Erdbebenkatastrophe in Bulgarien und bei der Hungersnot in Bessarabien. Über auch seinen anderen Aufgaben ist der Hilfsverein, wie aus den Referaten der Herren Dr. Wischnier und Warburg hervorging, so weit als möglich nachgekommen. Es sei nur erwähnt, daß die Auswanderungsfürsorge weiter ausgebaut worden ist. Am Schlesischen Bahnhof in Berlin nahmen im Jahre 1928: 29 693 Aus- und Rückwanderer (davon 10 049 Nichtjuden) den Bahndienst in Anspruch. Ausländischen Studenten wurde die Beendigung ihres Studiums in Deutschland ermöglicht. Das Urzweck des Vereins ist fortgesetzt worden, nämlich: Verzicht der Hilfsvereine auf die „Verhaftung“ von Schulkindern, Bodenlosen, Krankenbauern usw. In den neuen landwirtschaftlichen Kolonien der Sowjetunion. Im letzten Jahr sind 300 000 R. an Beiträgen eingegangen. Nicht der gesamte Betrag gelangte zur Ausgabe. Es stehen noch Mittel, übriggelassen für die kulturellen Aufgaben in Rußland, zur Verfügung.

..... also nur  
**Kathreiner.**  
 Er wird auch Dir  
 gut schmecken!  
 Und er schon  
 Deine Nerven und  
 Dein Herz!



Der Kenner raucht das Beste nur  
 Was minder ist, weist er zurück-  
 Fest steht sein Urteil wie ein Schwur:  
 „Die Preußen gold-  
 5 Edel-Cigarette - ein Meisterstück!“



# Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

## Balfour-Bericht in England — Lloyd George's Wahlparole — Labour-Vorschläge.

In England ist wie in Deutschland zurzeit das brennendste Problem, wie die Millionen aus dem Erwerbleben gestohener Arbeiter in der Produktion untergebracht werden können. An zwei Millionen englische Arbeiter sind beschäftigungslos, und zwar ist diese gewaltige Arbeitslosigkeit dort bereits zu einem Dauerzustand geworden. Der deutsche Arbeiter wird noch aus einem anderen Grunde sein Augenmerk auf die englischen Absichten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit richten müssen, nämlich weil diese das Ausführungsproblem in den Vordergrund stellen. Ist doch die englische Arbeitslosigkeit zum großen Teil zurückzuführen auf die Ausfuhrkrise wichtiger Industriezweige: des Kohlenbergbaues, der Textil-, Eisen-, Stahl- und Wertindustrie. Die deutsche Arbeitslosigkeit ist zwar nicht durch eine Ausfuhrkrise verschuldet, trotzdem sind die englischen Anregungen für die Förderung der Ausfuhr auch für Deutschland bedeutungsvoll. Hängt doch u. a. auch die Zahlung der Reparationen teilweise von der deutschen Ausfuhr ab.

### Das Balfour-Komitee.

Die Arbeiterregierung von Macdonald hat bereits im Jahre 1924 eine Regierungskommission, das sogenannte Balfour-Komitee, beauftragt, den Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der englischen Industrie, insbesondere bei der Ausfuhr, nachzugehen und Vorschläge für deren Behebung zu machen. In dieser Aufgabe waren die Prüfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und Vorschläge von Mitteln zu ihrer Wiederherstellung eingeschlossen. Die Balfour-Kommission hat in sechs dicken Bänden außerordentlich wertvolles Material für die Beurteilung der englischen Wirtschaftslage und der Veränderungen, die in der Nachkriegszeit in ihr eingetreten sind, geliefert. Mit Spannung wurde der letzte siebente Band mit den Schlussfolgerungen und Vorschlägen erwartet. Dieser Band ist nun kürzlich erschienen und enthält das Gutachten der Mehrheit der Kommission sowie ein Minderheitsgutachten, in welchem die Arbeitervertreter der Kommission ihre von der Mehrheit abweichenden Ansichten begründen.

### Zusammenlegung des Kapitals und Rationalisierung.

Die wichtigsten Anregungen des Balfour-Berichts für die Reorganisation der Produktion bestehen in diesen beiden Forderungen. Die Rentabilität der englischen Unternehmungen wird schwer beeinträchtigt durch die aufgeblähten Aktienkapitalien der Industrieunternehmen. Die Dividenden müssen auf ein allzu hohes Aktienkapital herausgewirtschaftet werden. Dieser Zwang erschwert die Versorgung der Unternehmungen mit Betriebskrediten und steht auch der Beschaffung der nötigen Kapitalien für Rationalisierungszwecke im Wege. Was manche Volkswirtschaftler für Deutschland in Zweifel ziehen wollten, daß nämlich die Ueberkapitalisierung, d. h. allzu hoch bemessene Aktienkapitalien (bei Umstellung der Goldbilanzen oder als Folge von Gründergewinnen) mit einer Ursache für mangelnde Rentabilität sein könne, wird im Balfour-Bericht gleich an die Spitze gestellt. Außerdem werden die Unternehmungen ermuntert, sich in große Einheiten zusammenzuschließen und ihre Betriebe auch technisch zu rationalisieren, obwohl, wie der Bericht hervorhebt, dadurch die Arbeitslosigkeit zunächst noch vermehrt wird.

### Der Mehrheitsbericht — ein Schlag ins Wasser.

Trotz dieser beachtenswerten Vorschläge ist das Balfour-Gutachten, wie dies allgemein und nicht allein in Arbeiterkreisen festgestellt wird, ein Dokument von geringem Wert. Die Anregungen zur Zusammenlegung und Rationalisierung sind nämlich Ratsschläge, die von der Industrie nach Belieben befolgt werden können oder unberücksichtigt bleiben. Das Mehrheitsgutachten der Balfour-Kommission ist in seiner Grundauffassung stark konservativ, steht vollkommen auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaft, lehnt energische Staatseingriffe für die Behebung der Arbeitslosigkeit ab und ist nicht genug, sich vorzustellen, daß die englische Wirtschaft sich am besten aus eigenen Kräften erholen wird.

Auch um die Frage der Kapitalbeschaffung ist das Gutachten nicht besorgt. Die Privatbanken können nach seiner Meinung den Kredit gut befriedigen. Die Gründung von Einrichtungen zur gemeinsamen Rohstoffbeschaffung lehnt es ab, wie es überhaupt einer jeden kollektiven oder gemeinwirtschaftlichen Einrichtung feindlich gegenübersteht. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge hat das Gutachten nichts übrig, ja lehnt es sie entschieden ab. Für die Räte des Kohlenbergbaues empfiehlt es keine besonderen Hilfsmittel.

In der Stellungnahme gegen die Zölle ist es schwankend. Die Mehrzahl der Mitglieder des Mehrheitsgutachtens ist der Meinung, daß man über die Wirkungen der Zölle noch nichts Endgültiges sagen könne. Beachtenswert ist dabei, daß die zeitliche Befristung der Zölle verlangt wird, vor deren Ablauf die Zölle auf ihre volkswirtschaftlichen Wirkungen hin geprüft werden sollen. Für die Begründung der Zölle wird auch in diesem Bericht der niedrige Lohnstand im Ausland im Vergleich zu dem englischen herangezogen.

Das Washingtoner Arbeitszeitabkommen will das Balfour-Gutachten nicht ratifizieren. Es befürwortet die Affordarbeit an Stelle der Zeitlohnarbeit. Den Tarifverträgen steht der Bericht freundlich gegenüber. Auch wird die Einführung von Betriebsausschüssen empfohlen. Bemerkenswert ist unter den Empfehlungen des Balfour-Berichts, daß in Verbindung mit der Konzentration der Betriebe die Öffentlichkeit über die Verhältnisse der großen Konzerne unterrichtet werden soll, d. h. es wird eine Art von Monopolkontrolle gefordert. Alles in allem ist der Balfour-Bericht trotz einiger beachtenswerter Anregungen völlig unfruchtbar, weil er keine aufbauenden Gedanken enthält.

### Das Sondergutachten der Arbeitervertreter.

Angesichts der Unzulänglichkeit des Mehrheitsgutachtens war es nur sehr begreiflich, daß die Arbeitervertreter in der Balfour-Kommission ein Sondergutachten unterbreiten haben. Dieses lehnt sich stark an das jüngst veröffentlichte Programm der englischen Arbeiterpartei, wo die Sozialisierung der Bergwerke, des Transportwesens, der Elektrizität gefordert wird, die Verstaatlichung der Rentenbank, die Gründung eines nationalen Industrierates, die Schaffung eines großen Wirtschaftsamtes, das bestimmte Industriezweige planmäßig fördern und, mit großen Kapitalien ausgestattet, diese in die richtigen Kanäle leiten soll, die Durchführung von großen öffentlichen Arbeiten, die die Produktivität der Wirtschaft zu steigern vermögen, und andere wichtige Dinge.

Der Minderheitsbericht wünscht außerdem auskömmliche Mindestlöhne, Steigerung des Massenkonsums im Bewußtsein, daß ein gesicherter Inlandsablauf zur Steigerung der Ausfuhr beitragen wird. Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alterserschei-

nung, Heraushebung des schulpflichtigen Alters, höhere Arbeitslosenunterstützungen, Arbeitszeitverkürzung im Kohlenbergbau usw. gehören zu den Forderungen des Minderheitsgutachtens, dessen Grundgedanken die gemeinwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft an Stelle einer auf Profit gerichteten ist.

### Wie Lloyd George die Arbeitslosigkeit besiegen will.

Der Führer der liberalen Partei Lloyd George hat zuerst in einer großen Rede, dann in einer in den letzten Tagen erschienenen Wahlbrochüre seine Vorschläge für die Behebung der Arbeitslosigkeit der Öffentlichkeit unterbreitet. Wenn es nach seinen Plänen ginge, würden — für den Fall, daß er ans Ruder käme — schon in einem Jahre ohne Belastung des Staatsbudgets 500 000 bis 600 000 Arbeitslose beschäftigt finden. Lloyd George will diesen Erfolg durch Einleitung von großangelegten öffentlichen Arbeiten erzielen: Straßen- und Brückenbauten, Wohnungsbau, Entwicklung des Telefonnetzes, der Elektrizitätswirtschaft, Durchführung von Verbesserungen in der Landwirtschaft und Ausbau des Londoner Personenverkehrs.

Ran steht den Beteuerungen von Lloyd George aber allenthalben mit großen Zweifeln gegenüber. Von der einen Seite wird die Möglichkeit der raschen Ausführung dieser Rostarbeiten bezweifelt, während die Arbeiterpartei daran erinnert, daß die Versprechungen Lloyd Georges, die er in der Opposition zu machen pflegt, sich stets in nichts verflüchtigen, sobald er ans Ruder gelangt.

### Die Anregungen der Turner-Melchett-Konferenz.

Sehr beachtenswert sind die Vorschläge der Turner-Melchett-Konferenz für die Behebung der Arbeitslosigkeit. Unter Leitung des Präsidenten Ben Turner verhandelte der englische Gewerkschaftsrat, das Exekutivorgan des Gewerkschaftskongresses, zusammen mit den unter Leitung von Lord Melchett (Sir Alfred Mond) stehenden Unternehmern, worüber ein gemeinsamer Bericht vorliegt. Auch dieser Bericht fordert die Rationalisierung, deren Durchführung aber den privaten Unternehmungen allein nicht überlassen werden könne.

Um die Folgen der Freisetzung von Arbeitskräften zu erleichtern, wird empfohlen, daß die einzelnen Industriezweige aus ihren Gewinnen Reservefonds schaffen, aus welchen an entlassene Arbeiter Unterstützungen gezahlt werden. Der Staat soll ein nationales Industrieprogramm entwerfen und ohne Vergütung zu seiner Ausführung schreiten. Volkswirtschaftlich wichtige Produktionszweige sollen aus einem Staatsfonds mit billigen Krediten versorgt werden.

Der Turner-Melchett-Bericht will die Beschäftigung jüngerer Leute fördern dadurch, daß Arbeiter von über 65 Jahren durch Zubilligung erhöhter Ruhegelder zum Rückzug von der Arbeit angeregt werden sollen. Die Heraushebung des schulpflichtigen Alters soll erwogen werden; die Fonds für die Förderung der Auswanderung sollen großzügig erhöht und zu diesem Zweck neue Staatsanleihen aufgenommen werden. Der Turner-Melchett-Bericht lehnt sich weiter für ausgebeutete öffentliche Arbeiten ein, für den Ausbau von Straßen, Brücken und Häfen.

Die Anregungen des Turner-Melchett-Berichts dürften bei ihrer Befolgung zu einer zeitweiligen Verringerung der Arbeitslosigkeit führen und sind zweifellos ungleich beachtenswerter als der Mehrheitsbericht der Balfour-Kommission. Eine wirkliche Lösung kann allerdings durch diese Anregungen nicht erreicht werden; die Vorschläge der Arbeiterpartei weisen am sichersten den Weg für eine dauernde Behebung der Arbeitslosigkeit.

## Umschwung des Arbeitsmarkts.

### Auch in Brandenburg.

Die Beständigkeit des Frühlingswetters hat auf die Arbeitsmarktlage im Bereiche des Landesamtes Brandenburg in der Woche zum 16. März eine günstige Wirkung ausgeübt. Die Arbeitslosenunterstützungsempfänger haben erstmalig eine größere Verringerung erfahren, ihre Zahl ging um rund 13 500 Personen zurück. Wesentlich trug hierzu die verstärkte Aufnahmefähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, der Gärtnereien und insbesondere des Baugewerbes bei. Gleichfalls stark war auch der Rückgang bei den ungelerten Arbeitern, die bei der günstigen Witterungslage gute Verdienstmöglichkeiten fanden.

Im Spinnstoffgewerbe ist noch keine Klärung erfolgt. Die guten Arbeitsverhältnisse im Bekleidungs-gewerbe haben angehalten. Im Nahrungs- und Genussmittel-gewerbe hat mit Rücksicht auf das nahe Osterfest eine verstärkte Aufnahmefähigkeit für Bäcker und Konditoren eingesetzt. In der Metallindustrie sind die Arbeitsmöglichkeiten im allgemeinen noch befriedigend. Weniger günstig ist die Lage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, in welchem Möbel- und Musikinstrumenten-fabriken infolge Absatz- und Auftragsmangel vor weiteren Einschränkungen stehen.

In der Berichtswoche fiel die Zahl der Arbeitsuchenden um 19 041 auf 379 316, d. h. 4,78 Proz., gegenüber einer Abnahme 0,05 Proz. in der Vorwoche. Innerhalb des Landesamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitsuchenden auf Berlin mit 236 063, auf die Provinz Brandenburg mit 128 459 und auf die Grenzmark, Posen-Westpreußen mit 14 794 Personen.

Von den 181 719 Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 120 924, auf die Provinz Brandenburg 56 490, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 4365. Für die Krisenfürsorge (21 066) betragen die gleichen Zahlen für Berlin 17 720, Brandenburg 3228, Grenzmark 118. In der Sonderunterstützung (99 083) entfielen auf Berlin 29 952, auf Brandenburg 60 094, auf die Grenzmark 9007 Unterstützungsempfänger.

## Faber-Bleistift zahlt 10 Proz. Dividende

### Ueberraschende Gewinne nach der August-Sanierung.

Das weltbekannte Unternehmen der Faber-Bleistift A.-G. in Nürnberg stand im August vorigen Jahres dicht vor der Pleite. Bei dieser Gesellschaft rückte sich, wie bei vielen anderen Unternehmungen auch, eine Reihe alter Sünden, die angefangen mit zu hoher Goldumstellung 1924 und falscher Schonung der Aktionäre, sowie veräulter Umstellung der Betriebe, nicht ohne Folgen bleiben konnten.

Die Lage bei der Faber A.-G. wurde noch dadurch verschärft, daß die Verwaltung von dem frischen Windzug der Rationalisierung und Typisierung auch nicht den geringsten Hauch verspürt hatte und zudem in ihren Bilanzen trotz ihrer veralteten Anlagen eine Ueber-

merlungspolitik trieb, die schon mehr als leichtfertig war. Der Zusammenbruch im August vorigen Jahres setzte dieser Schlußwirtschaft ein Ende. Die Aktionäre mußten sich eine sehr scharfe Zusammenlegung des Aktienkapitals von 5,6 Millionen auf 2 Millionen gefallen lassen, und zur Beschaffung neuer Mittel wurde das so beschlossene Kapital wieder auf 4 Millionen erhöht.

Der Abschluß für 1928, den die Gesellschaft jetzt veröffentlicht, bringt als Ueberraschung eine 10prozentige Dividende zur Auszahlung. Die Politik der Verwaltung muß um so merkwürdiger berühren, als nach der Sanierung und für die Umstellung der Betriebe im Geschäftsjahr 1928 nur noch vier Monate bis zum Dezember zur Verfügung gestanden haben. Es hat also den Anschein, als ob die Verwaltung mit dieser hohen Dividende eine demonstrative Parade abhalten will.

Diese Annahme wird noch dadurch verstärkt, daß der Verwaltungsbericht die Verschärfung des Konkurrenzkampfes in der Bleistiftindustrie unterstreicht und die fehlende Berücksichtigung wenigstens bei den deutschen Bleistiftfabriken beklagt. Wie der Bericht noch erwähnt, konnte durch die durchgeführte Umstellung der Betriebe eine Leistungssteigerung von etwa 25 Proz. je Arbeitsstunde erzielt werden. Da die Verwaltung eine genaue Abrechnung der Sanierung nicht gibt, fehlen feste Anhaltspunkte, wie die Gesellschaft ihre Buchgewinne aus der Zusammenlegung des Aktienkapitals verwendet hat. Der Verwaltungsbericht begnügt sich lediglich mit dem Hinweis, daß der erzielte Buchgewinn von 3,6 Millionen in vollem Umfang zu Abschreibungen und zur Reservebildung verwendet worden sei. Nach den bisherigen Erfahrungen, die die Öffentlichkeit mit der Verwaltungspraxis bei Faber gemacht hat, wird sich die Direktion auf der Generalversammlung wohl zu näheren Ausführungen bequemen müssen.

## Die Reichsbahn als Käufer.

### Die Ueberlegung in den Reichsbahnindustrien.

Bei der viel diskutierten Frage einer planmäßigen Konjunkturpolitik spielen die öffentlichen Aufträge eine wichtige Rolle. Behen doch von der öffentlichen Hand jährlich Aufträge in Höhe von 2,6 Milliarden in die Wirtschaft, die bei planmäßiger Verteilung wesentlich zur Stützung einer absteigenden Konjunktur beitragen können. Der weitaus größte Auftragsgeber der deutschen Wirtschaft ist die Reichsbahn, die jährlich etwa 1 1/2 Milliarden für die Beschaffung von Schienen, Eisen, Fahrzeugen, Baustoffen, Brennmaterial usw. ausgibt.

Der Leiter der deutschen Reichsbahn, Dr. Dormüller, hielt kürzlich in Frankfurt a. M. über die Fragen der Beschaffungspolitik der Reichsbahn ein Referat, worin er auch zu der ungesunden Ueberlegung der verschiedenen Reichsbahnindustrien Stellung nahm. Das normale Einkaufsprogramm der Reichsbahn beträgt für

Fahrzeuge . . . . .	300 Mill. Mark
Betriebsstoffe . . . . .	320 „
Baustoffe . . . . .	250 „
Berkstoffe . . . . .	140 „
Ersatzteile für Fahrzeuge . . . . .	120 „
Sonstiges . . . . .	70 „

Die ungünstigen Folgen der Beschaffungspolitik der Reichsbahn für den Waggon- und Lokomotivbau erkannte Dr. Dormüller an. Er stellte aber nochmals nachdrücklich fest, daß trotz der Konzentrationsbewegung im Waggon- und Lokomotivbau diese Industrien immer noch überlebt seien, was gleichfalls bei einer Anzahl anderer für die Reichsbahn arbeitenden Industrien der Fall sei. So könnten heute die Puffer-Werke nur zu einem Zehntel ihrer Leistungsfähigkeit durch Reichsbahnaufträge beschäftigt werden und auch für Oberbaustoffe würde die Hälfte der vorhandenen Werke vollkommen genügen. Nicht günstiger liegen die Dinge bei den Lieferanten für Oberbauschrauben, Ritzschienenmetalle, Farben und Lack. Auch hier sei eine starke Konzentration unbedingt erforderlich.

Zum Schluß erklärte der Redner, daß nur eine Entlastung von dem finanziellen Druck durch Aufnahme von Anleihen die Reichsbahn in die Lage versetzen könne, die zurzeit gedrosselten Aufträge an die Wirtschaft herauszugeben.

## Krach bei Elektrolug.

### Die deutschen Aufsichtsräte scheiden geschlossen aus.

Die unter Kontrolle des schwedischen Jüdnholztrustes stehende Elektrolug-Gesellschaft in Berlin hat schon des öfteren unliebsames Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt. In Erinnerung ist noch die rigorose Behandlung der Angestellten und Vertreter bei dieser Firma, die vor nicht allzu langer Zeit das Berliner Arbeitsgericht beschäftigte.

Jetzt ist es innerhalb des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft zu einem offenen Krach gekommen, der den Austritt sämtlicher deutschen Aufsichtsratsmitglieder, des Direktors der Dresdner Bank Guttman, der Volkspartei Dr. Cremer und Graf Kanitz sowie des sächsischen Großindustriellen Henckel, zur Folge hatte. Die Ursache dieses Konflikts ist noch nicht ersichtlich. Jedenfalls spielen aber die Folgen der letzten Sanierung und der Kapitalerhöhung bei Elektrolug und Interessenkämpfe zwischen den deutschen und schwedischen Großaktionären in die Angelegenheit mit hinein.

Eine eingehende Stellungnahme kann daher erst nach öffentlicher Erklärung beider Parteien erfolgen. Jedenfalls scheint aber die Tätigkeit des Schwedentrustes in Deutschland sich hauptsächlich auf die Entschaffung von Stabaklen zu beschränken; denn bei dem bekannten Wertschöpfungsgesetz Riebs-Norma hatte die deutsche Gesellschaft des Schwedentrustes, die S. R. F. Norma, gleichfalls ihre Hand im Spiele.

## Diskontenerhöhung in Holland.

Die Niederländische Bank von Amsterdam hat die lange diskutierte Verteuerung des Kredits jetzt vorgenommen. Der Diskontsatz wurde von 4 1/2 auf 5 1/2 Proz. erhöht; Amsterdam ist also mit einem vollen Prozent Diskontenerhöhung London gefolgt, wo die Bank von England im Februar dieses Jahres ihre sensationelle Kreditverteuerung vornahm. Berlin bleibt mit 6 1/2 Proz. auch heute noch mit einem vollen Prozent über London und Amsterdam, mit 1 1/2 Proz. über New York, mit 2 1/2 Proz. über Brüssel und mit vollen 3 Proz. über Paris und Zürich. Wenn New York seinen Diskontsatz nicht weiter erhöht, was zunächst nicht zu erwarten scheint, dann dürfte auch für Berlin, da die Spanne noch recht beträchtlich ist, jede Konsequenz aus dem holländischen Vorgehen sich erübrigen.

## Bei Gicht - Rheumatismus

Nervenerkrankungen, Arterienverkalkung, Nervenschmerzen

Stern-Engel-Zee (giftfrei)

Ärztlich empfohlen. Zu haben in den Apotheken. Beweismaterial gratis. Fabrik Vegetabilischer Heilmittel, Bad Schandau/Sax.



# Prämie auf soziale Rückständigkeit.

## Grotesken der Arbeitsschutzvorlage.

Die Schöpfkinder des Arbeitsschutzgesetzes sind die Landwirte und die Kleinbetriebe. Die Kosten zahlen die Landarbeiter und die von den kleinen Meistern „betreuten“ Arbeiter, Lehrlinge und Kinder.

Zu welcher unmöglichen Situation die Herausnahme der Land- und Forstwirtschaft aus dem Geltungsbereich des Entwurfs praktisch führt, zeigt sich überaus drastisch bei den Bestimmungen über den Schutz gegen Betriebsgefahren. Nach den Erklärungen, die von den Regierungsvertretern abgegeben worden sind, erfolgen Vorschriften für den Maschinenschutz nur dann, wenn Personen, die dem Gesetz unterstehen, an Maschinen beschäftigt werden. Für Futterschneidemaschinen — eine der gefährlichsten Maschinenart der Landwirtschaft — ergehen daher keine solche Vorschriften. Sie würden erst dann erlassen werden, wenn die Benutzung von Futterschneidemaschinen in gewerblichen Betrieben festgestellt wäre.

Eine merkwürdige Rethorik! Durch sie wird der Kampf gegen die Unfälle in der Landwirtschaft aufs Ärgste gebremst. Für die landwirtschaftlichen Betriebe muß derselbe Schutz gegen Betriebsgefahren geschaffen werden wie für die gewerblichen Betriebe. Das geschieht am besten durch die Einbeziehung der Land- und Forstwirtschaft in das Arbeitsschutzgesetz.

In Kleinbetrieben mit in der Regel nicht mehr als fünf Arbeitnehmern darf nach dem Entwurf die Arbeitszeit „abweichend“ von den sonst geltenden Bestimmungen durch den Reichsarbeitsminister geregelt werden. Diese Ausnahmebestimmung trifft 1 614 080 oder 87,5 Proz. aller Betriebe mit etwa 3 Millionen oder

22,4 Proz. aller Arbeiter. Die Sonderstellung der Kleinbetriebe im Arbeitsschutz wird hier also noch einmal festgelegt, obwohl sie bereits bei der Auslegung des Betriebsrätegesetzes und anderer arbeitstechnischen Beziehungen unerfreulich stark in Erscheinung getreten ist. Tatsächlich bedarf der Arbeiter in den Kleinbetrieben eines erhöhten Schutzes, denn nirgends sind Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen so rückständig wie gerade in den Kleinbetrieben. Es hieße geradezu eine Prämie auf soziale Rückständigkeit erteilen, wollte man die Kleinbetriebe aus dem Arbeitsschutzgesetz herausnehmen.

Die Kleinbetriebe beschäftigen viel jugendliche Arbeiter und Lehrlinge. Der Jugendschutz stellt aber einen sehr wichtigen Teil des Arbeitsschutzes dar. Ein Grund mehr für die Arbeiterschaft, daß endlich mit dem Ausnahmerecht für die Handwerksbetriebe im Arbeitsschutzgesetz Schluß gemacht wird. Schließlich ist auch in den Kleinbetrieben sehr stark die Kinderarbeit verbreitet. Die Bedeutung eines wirksamen Kinderschutzes darf nicht unterschätzt werden. Nach dem Bericht der Bayerischen Gewerkschaft sind z. B. zum Wenden von Kreide in einem Betriebe mehrere Kinder beschäftigt worden, die noch nicht einmal im schulpflichtigen Alter standen.

Eins steht fest: Je stärker die Bevorzugung der Kleinbetriebe und der Landwirtschaft im Arbeitsschutz, desto ärger ihre soziale und technisch-wirtschaftliche Rückständigkeit! Die Konkurrenz der Kleinbetriebe gegen die Großunternehmungen und der Existenzkampf der Landwirtschaft dürfen nicht nur auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten werden.

## Keine Einigung mit Metallangestellten.

### Anrufung des Schlichtungsausschusses vereinbart.

W.B. meldet: Die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Angestellten und dem Verband Berliner Metallindustrieller haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Gehaltsforderung von 12 1/2 Prozent wurde abgelehnt. Es wurde ein Schlichtungsausschuss vereinbart, der am 3. April zusammentreten soll.

## Moskau zahlt alles.

### Auch die Reklame für Niederkirchner Laden.

Von einem Anhänger des Angestellten der russischen Handelsgesellschaft und ehemaligen Branchenleiters der Rohrlieger wird uns eine „Entschlüsselung“ zur Beröhrlichung übermittelt, mit dem Bemerkung: „Eventuelle Kosten bitte mir zuzuschicken.“

Der brave Kommunist meint natürlich, daß ihm die Rechnung zugesandt werden soll. Er hat es offenbar dazu, wenn er sich auch in der Adresse geirrt hat. Ueber die Grundzüge eines anständigen Arbeiterblattes ist er ebenso wenig im Bilde wie über die der Gewerkschaftsbewegung. Der „Vorwärts“ ist weder ein antigewerkschaftliches Organ, noch ein Blatt, das im redaktionellen Teil die Inforate der Vertreter der russischen Regierung oder anderer Handelsgesellschaften veröffentlicht. Jedemfalls stellen wir fest, daß sich Moskau die Spaltung der deutschen Gewerkschaften etwas kosten läßt.

Zur Versammlung der Rohrlieger am 21. März, wo Niederkirchner die Spaltung beschließen ließ, schreibt uns ein Funktionär der Rohrlieger, der der Versammlung beigewohnt hat, daß die Behauptung der „Roten Fahne“, auch ein sozialdemokratischer Funktionär habe gesprochen, unwahr ist. Er allein habe sich der Stimme enthalten. Gesprochen haben nur Parteigänger des Angestellten der russischen Handelsgesellschaft.

## Auch bei den Buchbindern ausgespielt.

### Daher die glänzende Entwicklung der Organisation.

Einen ansehnlichen Aufschwung hat die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter im vorigen Jahre genommen. Wie der Bevollmächtigte Genosse Imhof in der letzten Generalversammlung berichtete, begann die Organisation das Jahr 1928 mit 10 018 Mitgliedern. Am Schluß des Berichtsjahres zählte sie 11 342 Mitglieder, hat also 1324 neue Mitglieder gewonnen. Seit Ende 1925 beträgt die Mitgliederzunahme 4 738 oder rund 70 Proz. Da für den Agitationsbereich des Buchbinderverbandes in Berlin etwa 18 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage kommen, sind demnach rund zwei Drittel der Berufsangehörigen im Verbande der Buchbinder organisiert. Die Lehrlingsabteilung musterte am Jahreschluß 278 Mitglieder mehr als zum Jahresanfang.

An Lohnerhöhungen wurden im Berichtsjahre 2 102 000 Mark oder 41 000 M. pro Woche erzielt. Die Lohnbewegungen wurden in allen Branchen, mit Ausnahme der Maschinen-Kartonnagen-Industrie, durch Vereinbarungen oder Schiedsprüche beendet.

Eine gute Entwicklung weist auch die Lokalkasse auf, die ihren Bestand im Berichtsjahre von 55 810 M. auf 90 411 M. erhöhte, obwohl über die statutarischen Verpflichtungen hinaus noch Extrarückstellungen an Arbeitslohn und Ausgefueuerte in Höhe von rund 25 000 M. gezahlt wurden.

Genosse Imhof kam zum Schluß seines Geschäftsberichts auch noch kurz auf die Spaltungsmanöver der R.P.D. zu sprechen und erklärte unter starkem Beifall der Versammlung, daß die Organisationsleitung mit den schärfsten Mitteln gegen die Verfechter solcher wahnwitzigen Ideen vorgehen werde.

In der Diskussion versuchten einige Stalinisten die Versammelten von der Richtigkeit der „neuen“ Taktik der R.P.D. zu überzeugen, stießen jedoch mit ihren Behauptungen auf den heftigsten Widerstand der Versammlung. Die Bedeutungslosigkeit der sogenannten „Opposition“ offenbarte sich am deutlichsten bei den verschiedenen Wahlen und Bestätigungen von Funktionären, die entsprechend den Vorschlägen der Ortsverwaltung gegen etwa 25 Stimmen erfolgten. Als provisorischer zweiter Vorsitzender wurde Genosse Priemer gewählt. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, den infolge der Kälteperiode in Not geratenen ausgefueierten Arbeitslosen nochmals eine Extrarückstellung in Höhe der Wohnkostenunterstützung zu gewähren. Jedemfalls zeigte der Verlauf der Generalversammlung, daß im Buchbinderverband die Kommunisten ausgespielt haben.

## Vor dem Kampf in der Feinkeramik.

### Der Schiedspruch von beiden Parteien abgelehnt.

Der Schiedspruch zum Lohn- und Ueberzeittabkommen für die deutsche feinkeramische Industrie ist von beiden Parteien abgelehnt worden. An der minimalen Erhöhung der Tarifhöhe hätten höchstens 15 bis 20 Proz. der an dem Lohnstreik beteiligten 70 000 Arbeitnehmer Anteil gehabt; 75 bis 80 Proz., d. h. alle Affordarbeiter, wären vom 1. April bis 31. Mai 1930, also vierzehn Monate, ohne jedwede Zulage geblieben.

Die Verantwortung für die aus der Verschärfung der Situation entstehenden Folgen tragen die Industriellen und der Schlichter. Die Industriellen haben sich halsstarrig gezeigt und den Schlichter ins Bodstorn gejagt. Wenn die berechtigten Forderungen der Arbeiter bei dem Schlichter nur mit Aufschub entgegengenommen werden, dann muß die Arbeiterschaft eben von der Macht ihrer Organisation Gebrauch machen. Einmal muß die Frage entschieden werden, ob in der Feinkeramik für die Höhe des Lohnniveaus nur die Interessen der Industriellen maßgebend sein sollen oder auch die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, die nicht nur vegetieren, sondern leben will.

## Herr Deter schädigt Arbeiter.

### Er macht „revolutionären“ Krampf.

Von einem Funktionär der Nord-Südbahn, Seestraße, wird uns geschrieben:

In der „Roten Fahne“ vom 23. dieses Monats wird in bombastischer Ueberschrift folgendes mitgeteilt: „Massenentlassungen bei der Nord-Südbahn. Die Rache der Verkehrs A.-G. gegen die Opposition.“ Es handelt sich um folgenden Vorgang:

Seit Jahren werden bei der Hochbahn in der Hauptwerkstatt (Grünwald) sowie in der Seestraße Arbeiter für eine bestimmte Arbeit (Montagearbeit) eingestellt, von denen sich ein großer Teil durch Unterchrist verpflachten muß, daß nach Beendigung der in Frage kommenden Arbeit das Arbeitsverhältnis gelöst ist. So auch diesmal in der Hauptwerkstatt Seestraße. Seit vielen Wochen zeigte sich bereits, daß die Arbeit ihrem Ende entgegengeht. Die Betriebsleitung hatte bereits mit der gesetzlichen Betriebsvertretung verhandelt, damit die Arbeiter, die entlassen werden mußten, am 21. März den ihnen zustehenden Urlaub nehmen. Nach Beendigung des

Urlaubs sollten die Arbeiter in einer anderen Werkstatt der Verkehrs A.-G. untergebracht werden.

Damit wäre die Angelegenheit zur Zufriedenheit aller geregelt gewesen. Da aber trat der kommunistische Betriebsratsvorsitzende Deter in Aktion. Das Entgegenkommen der Betriebsleitung paßte ihm nicht in seinen „revolutionären“ Kram. Er forderte in einer Versammlung die gekündigten Arbeiter auf, nicht ihren Urlaub anzutreten, wie es von der Betriebsleitung angeordnet war und wozu sie auch verpflichtet waren, sondern in den Betrieb hineinzu gehen. Die Arbeiter, die dieser Aufforderung Folge leisteten, werden freilich die Folgen zu tragen haben. Das ist immerhin für Deter ein Erfolg, ist es ihm doch gelungen, Arbeiter zu schädigen.

Das Personal der Verkehrs A.-G. wird gut tun, die Ratschläge und Anweisungen der kommunistischen Betriebsräte mit dem nötigen Maß von Mißtrauen aufzunehmen und sich in Zweifelsfragen und bei Differenzen an ihre z u s ä n d i g e G e w e r k s c h a f t zu wenden.

## Die „Opposition“ unten durch.

In allen bedeutenden Berliner Bezirken des Fabrikarbeiterverbandes, wie Wedding, Reutal, Lichtenberg, Köpenick, Oberschöneweide, Charlottenburg ist mit großer Mehrheit nachstehende Entschlieung angenommen worden:

„Die Bezirksversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter billigt die Maßnahmen des Hauptvorstandes, den Ausschluß der Stabe, Wehner, Koehl u. Gen. betreffend, und spricht ihm das Vertrauen aus.“

Nur in Schönberg wurden 8 Stimmen für die Entschlieung der Opposition, gegen dieselbe 5 abgegeben. Im Bezirk Tiergarten ist ungefähr dasselbe Verhältnis.

Der Organisationsleitung ist bekannt geworden, daß die Ausgeschlossenen an den Bezirksversammlungen teilnehmen und nur etwaiger Polizeigewalt weichen wollen. Diesen Gefallen hat man jedoch den Leuten nicht getan. Sie wurden lediglich von den Beauftragten der Ortsverwaltung aufgefordert, die Versammlung zu verlassen, und, als sie dieser Aufforderung nicht Folge leisteten, wurde kurzerhand die Versammlung geschlossen. Die Anhänger der Amsterdamer Richtung verließen darauf die Versammlung, um sofort in einem anderen Lokal als offizielle Bezirksversammlung weiterzutreten. Es ist selbstverständlich, daß die Berliner Leitung der Fabrikarbeiter für die Zukunft geeignete organisatorische Maßnahmen treffen wird, um den Eintritt von Nichtmitgliedern in ihren Versammlungen zu verhindern.

Die mit so viel Lärm angekündigte „Abrechnung“ mit den „Reformisten“ ist zu einer schweren Niederlage der „Opposition“ geworden, an der auch die lächerlichen Berrentungen der „Roten Fahne“ nichts ändern.

## Der Schiedspruch in Mansfeld.

### Die Gewerkschaftsfunktionäre stimmen zu.

Halle, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Konferenz der Mansfelder Gewerkschaftsfunktionäre der Tarifverbände hat mit 109 gegen 27 Stimmen beschlossen, den am 19. März gefällten Schiedspruch anzunehmen. Vorausgesetzt, daß die Mansfeld A.-G. den Schiedspruch nicht ablehnt, hat die Mansfelder Lohnbewegung mit einem großen gewerkschaftlichen Erfolg ihr Ende gefunden.

## Vertrag für Färbereien und chemische Waschanstalten

Der Tarifvertrag der Färbereien und chemischen Waschanstalten Berlins wurde vom Deutschen Legitarbeiterverband zum 31. Januar 1929 gekündigt, mit der Maßgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Gruppe zu verbessern. Auch der Arbeitgeberverband kündigte den Tarifvertrag und verlangte einen Lohnabbau von 7 Proz. auf alle Lohnpositionen. Mehrmalige Verhandlungen scheiterten.

Der Arbeitgeberverband wandte sich schließlich an den Schlichtungsausschuss, der einen Schiedspruch fällte, der von der Arbeiterschaft wegen zu geringer Zugeständnisse abgelehnt, von den Unternehmern aber angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beim Schlichter beantragt wurde.

In der Nachverhandlung vor dem Schlichter verständigten sich die Parteien dahin, daß vier Lohnpositionen über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hinaus aufgebessert und eine klarere Regelung in der Arbeitszeit erzielt wurde. Der Tarifstreit ist damit beendet. Auskunft über Tarifangelegenheiten wird in der Geschäftsstelle des Deutschen Legitarbeiterverbandes, Engelauer 24/25, gegeben.

Das Arbeitsamt Berlin-Mitte gibt bekannt, daß die Abteilung für männliche Angestellte (Stellennachweis) des Arbeitsamtes Berlin-Mitte am Dienstag, dem 26. März, von Berlin C 2, Klosterstraße 39, nach Berlin C 25, Kaiser-Wilhelm-Straße 22, verlegt wird. Der Stellennachweis ist nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert in: 1. eine Unterabteilung für kaufmännische Angestellte (Kontor, Lager, Verkaufsangehörige aller Art), 2. eine Unterabteilung für Bureau- und Behördenangestellte (Bureau-, Behörden-, Anwaltsangestellte, Versicherungsbeamte usw.), 3. eine Unterabteilung für Ingenieure und Techniker (Techniker, Ingenieure, Architekten usw.), 4. eine Unterabteilung für Werkmeister (Industriewerkmeister, Schachtmeister, Poliere usw.), 5. eine Unterabteilung für Angehörige geistlicher Berufe (Volkswärter, Juristen, Klerge, Lehrer, Künstler u. a.) Der Stellennachweis ist für die Inanspruchnehmer werktäglich geöffnet von 9 bis 13 Uhr, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr. Die Vermittlungsaufträge werden auch fernmündlich entgegengenommen: Amt Berolina 5001.

Die Köfner Metallarbeiter haben in ihrer Generalversammlung das Ultimatum der Unternehmer, worin eine Verlängerung der Geltungsdauer des Tarifvertrages um zwei Jahre und eine Vergrößerung der Kündigungsfrist von zwei auf drei Monate gefordert wird, einstimmig abgelehnt. Die Metallarbeiter erklärten sich bereit, den Kampf, wenn nötig, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzuführen. Auf eine von den Kommunisten vorgelegte Entschlieung entschliefen nur ganze sechs Stimmen, obwohl die Versammlung von mehreren hundert Delegierten besucht war.

## OSTER-ARTIKEL

fein dekorierte und gefüllte PRÄSENT-EIER in allen Größen u. Preislagen  
Creme-Eier ..... Stück 5 Pf.  
Gelee-Eier ..... Stück 5 Pf.  
Dessert-Eier ..... Stück 10 Pf.  
Lükör-Eier ..... 2 Stück 15 Pf.  
Klabitz-Eier ..... Stück 10 Pf.  
Knickebeln-Eier ..... Stück 25 Pf.



## MARZIPAN-EIER

zu 5, 10, 20, 50 Pf. 1.- M. usw.  
Die bekannten Spezialitäten  
Schokoladen-Waffeln 1/4 Pfund 50 Pf.  
Creme-Gebäck 1/4 Pfund 50 Pf.  
Erstklassige Schokoladen  
Marke Sonne ..... Tafel 70 Pf.  
Marke Vollmilch ..... Tafel 60 Pf.  
Marke Krone ..... Tafel 50 Pf.  
Kaufen Sie Pralinen in allen Preislagen rechtzeitig

## CYLIAX FABRIKATE

## DIE GROSSE QUALITÄT

FILIALEN IN ALLEN STÄDTLEIN — TÄGLICH FRISCHE WARE



# Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Dienstag, 19 1/2 Uhr, sagen die Gruppen: Landarbeiter Club Gruppenheim Jugendheim Dierichsstraße 5. Große Fahrtentwässerung und die letzten Vorbereitungen. — Frankfurt: Ucker Str. 18, Zimmer 2. Vortrag: „Die internationale Vertiefung der Wirtschaft und die Gewerkschaften.“ — Humboldt: Gruppenheim Jugendheim Graun, Ecke Vorkingstraße, Fahrtentwässerung. — Treptow: Gruppenheim Schule Widenbruchstr. 50-54 (Portalkammer), Unterhaltungsabend. — Spandau: Gruppenheim Süd, Jugendheim Widenbruchstr. 1, Mühlentier. — Pankow: Jugendheim Dierichsstr. 22, Pankow-Abend. — Neu-Westend: Jugendheim Guntersd. 43, Vortrag: „Die Frau im Betrieb und im Haushalt.“ — Jugendheim Süd: Jugendheim Widenbruchstr. 9, Thema: „Jugendpsychologie.“

# Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarchoisten

Wochenend: Jugendheim Dierichsstr. 18-19. „Ich lebe in die Welt.“ — Wandertag und Nachmittags. — Wohnungsabend des Spreng- und Bewegungsbundes 20 Uhr in der Turnhalle der Schule Pariser Str. 20, Ballenklub mitebringen!

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einführungen für diese Rubrik sind in das Sekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Sonnabend, den 30. März, ist das Bezirkssekretariat geschlossen. Wiedereröffnung Dienstag, den 2. April. — Alle Parteinachrichten, die bis dahin erscheinen sollen, müssen bis Donnerstag, den 28. März, dem Bezirkssekretariat, Lindenstraße 3, eingereicht sein.

- 1. Kreis Mitte. Die für heute, Dienstag, angelegte Kreisvorstandssitzung fällt aus und findet heute am Donnerstag, 28. März, 19 1/2 Uhr, im Zimmer des Sachverständigen, Albrechtstr. 68, statt. — Kreis Schulgemeinschaft: Mittwoch, 27. März, in den Räumlichkeiten, Guntersd. 4, Vortrag: „Die Parteiführung gegen die vom Reichsamt abgeleitete Sammelkarte (weiliche) Berlin-Mitte-Nord.“
- 2. Kreis Friedrichshagen. Donnerstag, 28. März, 19 1/2 Uhr, in den Comenius-Gärten, Remeler Str. 67, Kreisvorstandssitzung mit sämtlichen Abteilungsleitern.
- 3. Kreis Wilmersdorf. Mittwoch, 27. März, 20 Uhr, bei Schäfer, Augustenstraße 11, Sitzung des Tennis- und Gymnastikklubs. Reservierungen dort oder bei Heim, Augustenstr. 6, Telefon: Strabant 216.
- 4. Kreis Neukölln. Vermählung der sozialdemokratischen Beamten beim Bezirksamt Neukölln heute, Dienstag, 26. März, 20 Uhr, in den Bürgersälen, Dreystr. 147. Vortrag: „Was verlangt die Republik von ihren Beamten?“ Referent Dr. Hermann Schöninger. Sympathisierende haben Zutritt.

# Heute, Dienstag, 26. März.

- 19. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 20. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 21. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 22. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 23. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 24. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 25. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 26. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 27. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 28. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 29. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 30. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.
- 31. 19 1/2 Uhr. Die Mitgliederversammlung mit aus. Post um 20 Uhr bei Sandow, Flensburger Str. 5, Funktionärkongress.

# Mitgliederveranstaltungen und Zahlabende morgen, Mittwoch, 27. März.

- 1. 19 1/2 Uhr. Zahlabend bei Stammel, Neue Friedrichstr. 1. Vortrag über „Das Buch Schopenhauer.“ Referent: Wolfgang Hoffmann, R. d. 2.
- 2. 19 1/2 Uhr. Zahlabende in den bekannten Lokalen.
- 3. 19 1/2 Uhr. In die Biologischen Garten, Flugstr. 3, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Rasse und Sozialismus.“ Referent: Max Stempel. Die Bezirksleiter haben dazu ein.
- 4. 19 1/2 Uhr. In den Rationalfabrik, Köpenicker Str. 17, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Das Rationalfabrik.“ Referent: Otto Reier, R. d. 2.
- 5. 19 1/2 Uhr. Zahlabende und Diskussionsabend bei Fobert, Stephanstr. 11. Vortrag: „Gedicht der Frau von Goethe.“ Referent: Margarete Schönlank. Diskussionsabend: werden umgetauscht.
- 6. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Politische Wandlungen.“ Referent: Hans Ridel.
- 7. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Bedeutung der Volkserziehung für die Arbeiterbewegung.“ Referent: Wied in der Versammlung bekanntgeben.
- 8. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Köpenicker Str. 17. Vortrag: „Geburtsjahr oder Recht auf Mutterpflicht?“ Referent: Stabsarzt Dr. Rüdiger Frankenthal.
- 9. 19 1/2 Uhr. Die Verteilungsversammlung fällt aus.
- 10. 19 1/2 Uhr. In der Schule, Kolonnenstr. 147, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter.“ Referent: Genosse W. J. J.
- 11. 19 1/2 Uhr. In der Schreiber-Haus, Waldpflanzstr. 14-16, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Jugend und Angehörigenversicherung.“ Referent: Paul Jüdel.
- 12. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung mit Filmvorführung in der Schul- und Bekehrungsamt, Amrum, Ecke Seestraße. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter.“ dazu die Filme „Die Bekehrung“ und „Das Genossenschaftsmitglied Eppendorfer.“ Vortragender: Genosse P. J. J.
- 13. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im „Steinacker“, Seifstr. 45. Ecke Müllerstraße. Vortrag: „Die Kulturaufgaben des Sozialismus.“ Referent: Dr. Kurt Löwenstein, R. d. 2.
- 14. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Politische Wandlungen.“ Referent: Hans Ridel.
- 15. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Bedeutung der Volkserziehung für die Arbeiterbewegung.“ Referent: Wied in der Versammlung bekanntgeben.
- 16. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Köpenicker Str. 17. Vortrag: „Geburtsjahr oder Recht auf Mutterpflicht?“ Referent: Stabsarzt Dr. Rüdiger Frankenthal.
- 17. 19 1/2 Uhr. Die Verteilungsversammlung fällt aus.
- 18. 19 1/2 Uhr. In der Schule, Kolonnenstr. 147, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter.“ Referent: Genosse W. J. J.
- 19. 19 1/2 Uhr. In der Schreiber-Haus, Waldpflanzstr. 14-16, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Jugend und Angehörigenversicherung.“ Referent: Paul Jüdel.
- 20. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung mit Filmvorführung in der Schul- und Bekehrungsamt, Amrum, Ecke Seestraße. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter.“ dazu die Filme „Die Bekehrung“ und „Das Genossenschaftsmitglied Eppendorfer.“ Vortragender: Genosse P. J. J.
- 21. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Politische Wandlungen.“ Referent: Hans Ridel.
- 22. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Bedeutung der Volkserziehung für die Arbeiterbewegung.“ Referent: Wied in der Versammlung bekanntgeben.
- 23. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Köpenicker Str. 17. Vortrag: „Geburtsjahr oder Recht auf Mutterpflicht?“ Referent: Stabsarzt Dr. Rüdiger Frankenthal.
- 24. 19 1/2 Uhr. Die Verteilungsversammlung fällt aus.
- 25. 19 1/2 Uhr. In der Schule, Kolonnenstr. 147, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter.“ Referent: Genosse W. J. J.
- 26. 19 1/2 Uhr. In der Schreiber-Haus, Waldpflanzstr. 14-16, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Jugend und Angehörigenversicherung.“ Referent: Paul Jüdel.
- 27. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung mit Filmvorführung in der Schul- und Bekehrungsamt, Amrum, Ecke Seestraße. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter.“ dazu die Filme „Die Bekehrung“ und „Das Genossenschaftsmitglied Eppendorfer.“ Vortragender: Genosse P. J. J.
- 28. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Politische Wandlungen.“ Referent: Hans Ridel.
- 29. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Bedeutung der Volkserziehung für die Arbeiterbewegung.“ Referent: Wied in der Versammlung bekanntgeben.
- 30. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Köpenicker Str. 17. Vortrag: „Geburtsjahr oder Recht auf Mutterpflicht?“ Referent: Stabsarzt Dr. Rüdiger Frankenthal.
- 31. 19 1/2 Uhr. Die Verteilungsversammlung fällt aus.

# Achtung! Betriebs- u. Gewerkschaftsfunktionäre!

Dienstag, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

# Funktionärkonferenz

aller SPD, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre Tagesordnung 1. „Arbeterschaft und Reichsregierung.“ Referent: Genosse Franz Künstler, M. d. R. / 2. Aussprache. / 3. Wahl der Vertreter für den erweiterten Vorstand. / 4. Verschiedenes. Funktionärarbeits- und Mitgliedbuch der Partei ist als Legitimation mitzubringen. Ohne dieses kein Zutritt. Das Betriebssekretariat.

- 32. 19 1/2 Uhr. Achtung! Bereits heute, Dienstag, 26. März, 19 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Doppelbühnenraum am Barfamer Platz (nahe Dierichsstr.). Vortrag: „Grundrisspolitik, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen bei Siedler, insbesondere Berlin-Friedrichshagen.“ Referent: Stadtrat Richard Fein.
- 33. 19 1/2 Uhr. In den Comenius-Gärten, Remeler Str. 67, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Ref. Marie Kunze, R. d. 2.
- 34. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Parlamentarismus und politische Praxis.“ Referent: Albert Hoffmann, R. d. 2. Die neuen Funktionärarbeitsweise werden gegen Rückgabe der alten ausgesprochen.
- 35. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Schule Dierichsstr. 5, Vortrag: „Kommunale Politik.“ Referent: Stadtrat W. J. J.
- 36. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Pankow-Abend. Referent: Kurt Seinig, R. d. 2. Bezirksleiter haben ein. Gäste mitebringen!
- 37. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Schule Dierichsstr. 5, Vortrag: „Selbstverlebens und Selbstverlebens aus Sicht der Arbeiter.“ Referent: Eugen Naack, Bezirksleiter haben ein. Mitgliederbuch mit aus. Kontrollkarte ab 19 Uhr bis 1/2 Uhr bis 1/2 Uhr u. R.
- 38. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Schule Dierichsstr. 5, Vortrag: „Ereignisse durch die Innen- und Außenpolitik.“ Referent: Dr. Fobert Marx.
- 39. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Fobert, Stephanstr. 11. Vortrag: „Kommunale Arbeit im Bezirk Pankow.“ Referent: Emil Rina.
- 40. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Albert Treuer.
- 41. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 42. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 43. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 44. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 45. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 46. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 47. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 48. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 49. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 50. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 51. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 52. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 53. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 54. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 55. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 56. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 57. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 58. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 59. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 60. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 61. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 62. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 63. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 64. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 65. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 66. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 67. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 68. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 69. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 70. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 71. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 72. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 73. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 74. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 75. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 76. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 77. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 78. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 79. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 80. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 81. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 82. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 83. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 84. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 85. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 86. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 87. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 88. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 89. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 90. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 91. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 92. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 93. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 94. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 95. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 96. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 97. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 98. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 99. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 100. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.

# Funkwinkel

Die Osterwoche gibt der Funkstunde wieder Gelegenheit, eine ausgiebige Diskussion zu veranstalten. Man hätte jedenfalls am Sonntag das Gefühl, daß alle Funkhörer entweder zu gläubigen Christen bekehrte oder zu Tode gelangweilt werden sollten. Mit der Rundfunkstunde an jedem Sonntagmorgen haben wir uns abschieden müssen; gegen die Einführung einer Rundfunkstunde am Abend protestieren wir energisch. Daß man diese Abendveranstaltung flüchtig frisiert hatte, änderte nichts an ihrem langweiligen Charakter. — Gedanken zur Zeit über „Alkohol- Mißbrauch“ diskutierten Wilhelm Solmann und Dr. Theodor Heuß. Solmann, überzeugter Abstinenzler zeigte die Folgen des Alkoholismus: Krankheit, wirtschaftliche Verelendung, Kriminalität. — Jährlich werden in Deutschland pro Kopf — Frauen und Kinder jeder Altersstufe mitgerechnet — 74 Mark für Alkohol ausgegeben; ausgedehnte Landstrassen werden zur Alkoholgewinnung bebaut, zweieinhalbmal soviel Getreide als für die Ernährung in Deutschland. Nicht plötzliche Trockenlegung, aber das Gemeindefesthalten der Weinbauern ist die Lösung. Der Vermehrung der Getreide, vor allem dem Schnapsauschank, könnte damit ein Hemmschuh vorgeschoben werden. Trinkerheilstätten, alkoholfreie Getreide, Aufklärung über die Schäden des Alkoholmißbrauchs sind dringend nötig. Dr. Heuß und Wilhelm Solmann fanden sich — trotz ihrer gegensätzlichen, übrigens recht unterschieden vorgetragenen Anschauungen — in ihren Wörtern um Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. — Wertvoll waren Dr. Kurt Beck's prägnante Hinweise über Jugendberaterung — Hilfe aus Jugendnot.

Am Montagabend griff die Deutsche Welle fühlend in die Rundfunktradition der Karwoche ein. Schnitzers „Professor Bernhards“, dieses religionsdramatische Drama, ist eins der wenigen Schauspiele, die als Hörspiel nicht nur wirken, sondern stark wirken. Menschen steigen lebendig auf aus diesen freihäufigen Worten: der lebensschüßende Arzt steht als starker, verantwortungsbewußter Mensch hier gegen den „Seelenschäfer“, den Priester, der in seinem Fanatismus die wichtigsten Forderungen der von ihm vertretenen Religion — Liebe und Mitleid — verpöht. Berlin übertrug statt dieses Wertes aus dem Hotel Kaiserhof Unterhaltungsmusik. Vorher hörte man einen Vortrag von Prof. Dr. H. A. Moser über „Musik in der Kirche“, der ganz gewiß für alle Studenten der Kirchenmusik sehr interessant war — nur konnte man nicht recht die Notwendigkeit einsehen, diesen Ausführungen in dem abendlichen Vortragprogramm einen Platz einzuräumen. Spät abends gab es im Rahmen des Vortragszyklus „Die wir schaffen“ und wozu wir schaffen“ ein Zwiegespräch zwischen dem Architekten Oskar Kaufmann und Dr. Alfred Kerr. Es wurde manches Wesentliche zum modernen Bauproblem gesagt, aber leider wurde auch hier viel literarisch herumgeredet, und dazu ist in der Vortragszeit von 25 Minuten eigentlich kein Platz. Les.

- 101. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 102. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 103. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 104. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 105. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 106. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 107. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 108. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 109. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 110. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 111. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 112. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 113. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 114. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 115. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 116. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 117. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 118. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 119. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 120. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 121. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 122. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 123. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 124. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 125. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 126. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 127. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 128. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 129. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 130. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 131. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 132. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 133. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 134. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 135. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 136. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 137. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 138. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 139. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 140. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 141. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 142. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 143. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 144. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 145. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 146. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 147. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 148. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 149. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 150. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.

# Frauenveranstaltungen.

- 101. 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 102. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 103. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 104. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 105. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 106. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 107. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 108. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 109. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 110. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die kommunalen Unternehmungen der Stadt Berlin.“ Referent: Dr.-Ing. W. J. J.
- 111. 19 1/2 Uhr. In der Schule Dierichsstr.



## Kuni Tremel-Eggert: Die Wallfahrt

„Weiberster'n is sa Berber'n, ober Gölufred'n, fell is a ...“ Es war der „Gründermischer“, der eben zu seinem ...

Da steht das Wörtchen „ersten“ und also weiß man schon gleich, daß ihr eine Nachfolgerin wurde. Vier Monate war sie unter der ...

Die Wahl des Bergnikk war auf die „Knollnabbes“ gefallen. „Kreuzmilch“, sagte der eine, „Hirtell“ der andere, aber zum ...

Schon zwei Tage nach ihrem Einzug stand der Bergnikk, wie er vom Acker heimkam, ganz verduht unter seiner Studenten- ...

Radtal um und um gestülpt war alles. Geseht, gepuht, gesummelt, und es roch nach Feiertagsfeuchte. Ein Grinsen wollte über des Bergnikks ...

Erst bekam sich der Nikk ein bißchen, dann stemmte er den Absatz seiner ...

Ein neues Weib bringt ein anderes Leben, das mußte der Nikk erfahren. Und er, der den Frieden liebte, hätte sich ja ganz gerne die ...

Er war diese Reinsicht nicht gewohnt und sie war ihm arg, sehr arg. Sie ...

Betrachtete sie doch neulich nachts seine Füße und ließ nicht nach, trotzdem er schon im Hemd war, bis er sie wusch. Und dabei war nicht einmal ein Tröpfchen warmes Wasser im Haus und der Nikk mußte sie in kaltes stellen. Das war schrecklich. So ging es nun, seit sie da war. Alles mögliche probierte er schon, um ihr auszukommen, aber es half ihm alles nichts, sie kam ihm dahinter und dann war es jedesmal ein eigentümlicher Rosename, den er zu hören bekam. Er mußte erfahren, daß feinesgleichen eine grunzende Stimme hat. Wie nun der der Nikk nicht mehr wußte, wohin er schlüpfen sollte, in diesem seinem ehelichen Bodenhorn, verfiel er auf das einzig Richtige, er fing an zu beten. Alle Heiligen im Himmel rief er an, die Schneide seiner Babbes abzustumpfen, als er aber keine Erhörung fand, beschloß er eine Wallfahrt unter strengsten Bedingungen.

Der Babbes sagte er wohlweislich nicht den Grund, sondern murmelte nur etwas von einem Gelöbniß. Und wider Erwarten ließ sie ihn gerne ziehen. Es war Sonntag und sie hatte vor, einmal richtig in allen Bäden und Schränken aufzuräumen, und das konnte sie ungestört, wenn er fort war. Und so hockte sie, während der Nikk betete, beichtete und opferte, vor seiner gebügelten Lade und „miste“ aus. Die Haare wären ihr zu Berg geflochten vor dem, was sie da fand, wenn sie sie nicht so fest angepöppelt hätte. Rodrig noch die Bade wie eine Gruft. Dreißig Socken lagen zwischen frischen Hemden, Wolltassen lagen in den Ecken, und wenn sie ein gebügeltes Täschlein auseinanderbreiten wollte, fiel es ihr in Fetzen auseinander. Alle Heiligen im Himmel rief nun sie an, und es häuften sich der Berg, den sie zur Vernichtung zusammenwarf. Nun war sie bald fertig und neugierig ging sie an die letzte braune Pappdeckelkapsel. Sie vermutete Soldatenanbenden des Nikk drin. Briefe von seiner ersten Frau und vielleicht auch von seinen früheren Bekanntschaften. In gespannter Erwartung hob sie den Deckel, was aber fand sie? Nichts als einen Haufen alter, vergilbter, verstaubter Gummित्रayen, von denen nicht einer mehr ein ganzes Knopfloch hatte. Sie strömten einen unangenehmen Geruch aus und die Babbes warf sie gleich mit samt der Schachtel auf den Gerümpelhaufen. Dann schleppte sie das ganze Gekloppe herunter in die Küche und sagte sich beifällig, daß das gerade Feuerung genug gäbe zum Nachessen kochen. Zufrieden und mit einem Gefühl des Behagens ging sie in die Küche. Die hatte sie diese Woche selbst gewischt, hatte mit dem Pinsel runde Naue Punkte hineingewälzt, und nun war sie so hell und freundlich, daß man das vordem so veräuscherte Dach nicht mehr konnte. Nun wollte sie noch ein bisschen tun, und schnitt mit der Schere aus alten großen Zeitungen kunstvolle Spitzen fürs Schüsselbrett. Bevor sie die aber annogete, räumte sie schnell noch den riesigen Ofen aus und baute den Berg Gerümpel hinein. Als die kleine Zündholzflamme um den biden weichen Pappdeckel leckte, lachte sie zurleiden. So, nun war es wenigstens schon fort, bis der Nikk heimkam, und er konnte kein Bedauern mehr äußern über dieses oder jenes noch brauchbare Stück. Fröhlich summt sie vor sich hin, steigt auf den Küchenisch und hämmert lustig die kleinen Nägel ins Schüsselbrett. Die die Papier- spigen festhalten sollen. Auf einmal tut es einen Knack, als ob in

der Stube einer eine Kanone abgeschossen hätte. Die Babbes flücht durch die Luft an die Wand, reißt das Schüsselbrett mit herunter, daß Teller, Schüsseln und Tassen klirrend zerschellen, dazu hüpfen die großen irdenen Milchbüchsen von selber von ihrem Brett herunter und zersplittern in tausend Scherben, und die Babbes flüchtet, nichts anderes denkend, als das sei Geistesput, treisend vor Angst in die Ecke.

„Bawuumppps!“ Da tracht es noch einmal, und diesmal wackelt tatsächlich das ganze Haus. Ruffige Backsteintrümmer fliegen in der Küche herum und eines trifft gar die Babbes auf den Schädel, daß ihr sogleich ein rotes Blutbrünlein über das Gesicht rieselt. Toll geworden vor Schreck rast sie auf die Straße, bohrt die Zeigefinger in beide Ohren und während vor Angst ihre Kniebein sie schlottern, als hängen sie an einem Krautpöbelsteden, der in einem winddurchbrausten Rübenacker steht, heult sie es ins Dorf: „Hiiiiiiiisee — Heuuääää — Hiiiiiiiisee! bei uns get die Wäit-unter, die Wäit get untääää.“ Die nächsten Nachbarn, die den Knack natürlich gehört hatten, kommen bereits mit erschrockenen Gesichtern gelaufen, und ein paar Schnellbesonnene rannten schon zum Feuerhäuschen und rissen die Spritze heraus, während der Schredenruf: „Feuer — Feuer — beim Bergnikk brennt's!“ durchs Dorf raste. Und als sei die Babbes die Sendestation, rief sie immer noch „Heuuääää — Heuuääää“, und die Kinder des Bergnikk, die draußen auf der Straße gepölpelt hatten, schrien greinend mit, was sie konnten. Wätrendem sprangen bereits die ersten mutigen Männer ins Haus. Dicker Rauch quoll ihnen entgegen, aber sie schlugen tapfer die Studentür ein und suchten nach dem Feuerherd. Doch nichts war zu finden. Nirgends war die rote Höhe zu sehen, nur dort, wo vordem der weite, braune, buschige Kachelofen gestanden hatte, war ein Trümmerhaufen, auf dem freiliegenden Rest aber leuchten ein paar letzte zuckende Flämmlein um flatternde verkohnte Reste. Ums Feuerlein herum aber schwamm das Wasser aus den gesplagten Ofenhäfen. Was aber war die vordem so sonntagschöne Stube verwandelt! Backsteintrümmer mit Kachelbrocken lagen überall herum,

auch auf Tischen und Bänken, alle Fensterscheiben waren kaputt und an den frischgestrichelten Vorhängchen hingen flatternde Puffen wie Spottfahnen.

In den Trümmern all dieser Herrlichkeit aber stand jetzt die Babbes, sah auf das Dach in der Wand, durch das man hinaus in die frischgeweißte blaueüpfelte Küche sehen konnte, und heulte, was sie nur heulen konnte. Ringsum fragten die Leute und redeten auf sie ein, aber sie verstand nichts, sie hörte nichts, kein Wort. Endlich nahm sie der Gründermischer beiseite und fragte ganz eindringlich: „Babbes, so jog's doch um aller heil'ig Willn, woas hosta g'schürt?“

„Nag,“ sagt sie und schüttelt den Kopf und wieder laufen Tränenbäche über ihr ruhgeschwärtzes Gesicht. Aber der Gründermischer läßt nicht nach und die Babbes muß sich besinnen, und endlich kommt's heraus. Papiere, Lumpen, alle Gerümpel. Der Meister schüttelt immer noch verweisend den Kopf, bis sie auf einmal langsam sagt: „Und a Schachtel voll alka Gummित्रayen.“

Da geht ein Grinsen über alle Gesichter. Und der Meister sagt nur schwer erstbleibend: „So, so, ja dann aberdings.“ Do spürte er die Babbes zum Anpöden fort, wie ihr Ansehen zusammenkam, und das mußte sie auch, daß ihr, die Dorfweiber vorerst, alle die „Blamafche“ gönnten, denn die Männer hatten in den letzten Wochen die tüchtige und geübte „Bergnikk“ gar zu sehr als leuchtendes Beispiel hingestellt.

Schon im Nachbarchorf erfuhr der heimkehrende Nikk alles. Seine erste Frage galt den Kindern. Wie er aber erfuhr, daß alle drei heil und gesund seien, ging er zufrieden weiter.

Ueber seine Ruhe verwundert, guckten ihm die Reuigkeits-träger erkant nach. Der Nikk aber schmunzelte und dachte bei sich: „Nag Wallfahrt, so, mei Wallfahrt!“

Wie er aber gleich darauf daheim in seine Stube trat, da rief es ihn doch zusammen.

„Kreuzsagrament! Das war doch ein bißchen zu kräftig.“

Und dem Nikk ging es durch den Kopf, daß er das nächstemal doch lieber mit dem Dabeimbeten zufrieden sein wolle, indem, daß sein Wallfahren wirkte wie ein Donner Schlag, gar zu schnell — und gar zu gründlich.

## Versunkene Schätze im Weltmeer

Aus Italien kommen Nachrichten, nach denen die Hebung der im Remise versunkenen Scharenschiffe einen günstigen Fortgang nimmt. Die italienische Regierung ist daran gegangen, den ganzen See einfach auszusumpfen bzw. abzuleiten zu lassen. Wenn die Arbeiten weiterhin günstig fortschreiten, werden die römischen Brunnenschiffe bald geborgen sein und mit ihnen eine Menge Kostbarkeiten im Werte von fast 30 Millionen Mark.

Wir lesen auch hin und wieder in den Zeitungen, daß in Amerika die Jambosette Expedition zur Entdeckung des Schatzes auf den Kotoinseln ausgezogen ist, nur lesen von der Hebung gesunkener Schiffe, bei denen es gilt, eine reiche Ladung zu reiten, und nehmen das alles für technische Spielereien. In Wirklichkeit ist es eine eminent wichtige Sache, und Statistiker haben berechnet, daß die Verluste an Schiffsladungen in die Milliarden gehen. Was da unten alles auf dem Grund des Meeres ruht, könnte manches Geld auf der Welt lindern.

Da liegt zum Beispiel seit dem 10. Oktober 1790 an der Einfahrt in die Zubersee das Goldschiff „Lulone“ mit einer reinen Goldladung im Werte von über 60 Millionen Mark. Die Hamburger wollten diese Summe von den Engländern ausleihen. Nach einer anfangs glücklichen Fahrt geriet das Schiff, ein ehemaliges französisches Schnellgeleides Kriegsschiff, in einen Sturm und versank vor hollands Küsten. Von der 300 Mann starken Besatzung kamen nur zwei Matrosen mit dem Leben davon. Das Schiff lag in flachem Wasser und wurde sofort von der Regierung der Batavischen Republik (das war damals Holland) beschlagnahmt. Die Abfeder erlitten keinen Verlust, da sie die ganze Sendung vorher bei der großen Versicherung Almda versichert hatten, die ihnen den Gegenwert auf der Stelle auszahlte. Doch die holländische Regierung hatte es mit den Bergungsarbeiten nicht sehr eilig, und noch zwei Jahren waren erst drei Millionen von diesem Schatz geborgen, als eine Meeresströmung das Wrack in hohem Sand begrub. Von 1801 ab ruhten die Bergungsarbeiten vollkommen. 20 Jahre später wurden sie wieder aufgenommen, eine Gesellschaft wurde gegründet, doch konnte sie gegen den Sand nicht ankommen. Bis im Jahre 1857 das Meer selbst seine Strömung änderte und den Sand hinwegspülte. Man ging sofort mit verdoppeltem Eifer ans Werk, Taucher wurden eingesetzt und — einige Monate später kam wieder eine andere Strömung und die Arbeiten mußten eingestellt werden. Mit Hilfe von großen Saugdägern konnte man wohl einige Goldmünzen herausfischen, doch hat immer das Meer einen Strich durch die Rechnung gemacht, und bis zum heutigen Tage ruht die Hauptmasse des Schatzes — noch über 60 Millionen Mark — auf dem Grunde des Meeres.

Ein Gegenstück dazu ist der Untergang einer englischen Freigatte bei Bokallod auf der Krimhalbinsel. Dieses Schiff brachte während des Krimkrieges 200 Millionen in Gold, die Löhnung für die englischen Truppen, nach Rußland und verkauft. Man hat oft Anstrengungen zur Hebung des Schatzes gemacht, sie waren alle vergeblich.

Der eingangs erwähnte Piratengoldschatz bei den Kotoinseln soll sich auf mehrere Millionen Dollar belaufen, und obwohl immer wieder Expeditionen sich aufmachen, um danach zu suchen, ist es noch nicht einmal gelungen, das Wrack des Korjarschiffes zu finden. Von anderen gesunkenen Schiffen ist die genaue Lage bekannt, und doch ist unsere Technik nicht imstande, ihren kostbaren Inhalt zu bergen. Seit dem Jahre 1502 liegen bei der Insel Santa Luzia mehrere spanische Goldschiffe mit reichen Schätzen. Manches Schiff segelt heute noch an der Stelle vorüber. Oder: in der Bucht von Tobermory an der Westküste Schottlands liegt der „Herzog von Florenz“, das Admiralschiff der spanischen Armada, mit Gold und Silber im Werte von über 60 Millionen Mark an Bord. Das Schiff ist 1588 an dieser Stelle gesunken, man kennt seine genaue Lage, doch die Tiefe der Bucht läßt eine Bergungsaktion nicht zu. Man hat seit 1641 Versuche ange stellt, den Schatz zu heben; ja, die Taucher, die man hinarutschte, sahen sogar Goldkisten und Geschützrohre zwischen den verrosteten Teilen des Wracks im Sande liegen. Aber auch die in der Tobermorybucht besonders heftigen Meeresströmungen lassen eine Bergung des Millionen-

schatzes nicht zu. An den Küsten Englands werden immer noch spanische Goldmünzen durch den Sturm angepölpelt, die von der untergegangenen spanischen Armada stammen, doch an eine Bergung der Schätze ist nicht zu denken.

Im Jahre 1702 wurden im Golf von Vigo an der spanischen Küste einige spanische Schatzschiffe versenkt. Die spanische Silberflotte war soeben von Amerika eingelaufen, als die Engländer vor der Bucht erschienen. Sogleich ließen die Spanier wieder aus und stellten sich zum Kampf. Doch die Engländer blieben Sieger, kaperten einige Schiffe und sandten darauf für 30 Millionen Mark Silber. Die Mehrzahl der kostbaren Schiffe jedoch wurde von den Spaniern selbst versenkt, um sie nicht den Engländern preiszugeben. Fast 60 Millionen in Gold und Silber ruhen heute in der etwa 130 Meter tiefen Bucht von Vigo, es ist unmöglich, sie zu heben.

Das sind nur einige ganz prägnante Beispiele versunkener Schätze. Wenn man bedenkt, daß in jedem Jahre rund tausend Schiffe, größere und kleinere, mit wertvoller Ladung verloren gehen, bekommt man einen ungefähren Begriff von diesen verlorenen Gütern. Es gibt im Weltmeer wahre Raubgräber von Schiffen, gefährliche Stellen, die regelmäßig ihren Tribut fordern. Im Süden von Amerika ist es Kap Horn, das gefährlichste Kap der Welt; an der Nordspitze von Dänemark das schimmige Kap Skagen. Auch unsere Elbmündung ist eine verhängnisvolle Ecke. Am meisten gefährlich ist bei den Seefahrern wohl Sable-Island, südlich von New-Junkland, mit seinen im herrschenden Nebel fast unsichtbaren Sandbänken. Zwei Leuchttürme stehen auf diesem kleinen Inselchen, doch täglich treibt die Brandung Schiffstrümmer und Leichen an Land, deren Herkunft und Namen man niemals erfährt.

Bernhard Krüger.

## Die Fabrik

Aus Stahl und Beton, ein Würfel, vom Schicksal gesäubert, ruht die Fabrik am Rande der Stadt. Wie Blumwellen treiben die Arbeitsgeräusche in allen Mauern und Räumen. Elektrische Ader springen durch alle Ecken, vom motorischen Herz, dem großen Maschinenraum, ausgehend. Auf Zweckmäßigkeit und Leistung ist alles berechnet.

Sechstausend Mann, drei triegsstarke Regimenter, marschieren die Arbeiter zum Werk und kämpfen an den Fronten der Arbeit wie auf einem Schlachtfeld. Nicht nur der Hunger treibt sie in die eiserne Welt der klirrenden Säle. Ja, ihre Hände sind wie zur Arbeit gemacht, ihre Herzen sind willig, aber weit jagen die zuckenden Träume hin in die Zukunft.

Bataillon Eins: das sind die Männer an den Pflanzstümmern. Die Weiber schüttern im Stoh der Vorkurkstoffe. Bataillon Zwei dient an den knirschenden Automaten. Metall brüllt auf, gelenkig gurgeln die Messer und Fräsen im schwarzen Del. Bataillon Drei montiert am laufenden Band und ist in die Arbeit geschmiedet wie stählernes Werkzeug.

Drei Regimenter in einer Fabrik! Zweihundert Mädchen im Werk. Frontschwefelern der Männer! In den Kontoren, in den Bureaus ist Volk. Große Fabrik am Rande der noch größeren Stadt: über dem Hunger und aller zweckmäßigen Leistung kristallisiert sich gewaltig das neue Geis: Vorwärts und auf aus dem Trost bleischerer Tage; groß leuchtet das Ziel: Der Sozialismus...

Max Barthel.

Ein Baumtief der Umwelt. Kürzlich wurde bei Grabungen in den Abhängen eines ehem-Jaen Vulkanes, des St. Helenaberges in Kalifornien der ganz versteinerte Stamm einer Sequoia entdeckt und bloßgelegt. Dieser Stamm kann nur durch einen vulkanischen Ausbruch verschüttet worden sein. Da aber der fragliche Berg schon seit undenklichen Zeiten erloschen ist, haben die amerikanischen Geologen nicht gezögert, das Alter jenes Stammes auf Hunderte von Jahrtausenden zu schätzen.

Die Zellen im Menschen. Die gesamte Masse der Zellen, die in einem Menschenkörper bei 60- bis 70jährigem Leben größtenteils sind, werden auf 16.000 Billionen geschätzt.



